

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2024

Hohe Unsicherheit und mäßiges Wachstum durch
die Corona-Krise

Sperrfrist: Donnerstag, 23. Juli 2020, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2024

Hohe Unsicherheit und mäßiges Wachstum durch
die Corona-Krise

Benjamin Bittschi

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Martin G. Kocher

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Richard Sellner

Klaus Weyerstraß



AutorInnen

Benjamin Bittschi, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Richard Sellner, Klaus Weyerstraß

Titel

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2024
Hohe Unsicherheit und mäßiges Wachstum durch die Corona-Krise
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 113

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com

2020 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft	16
3	Die internationale Konjunktur	20
3.1	Überblick.....	20
3.2	Länderprognosen	22
4	Die österreichische Außenwirtschaft	31
5	Perspektiven der Inlandskonjunktur	32
6	Monetäre Prognose	43
7	Alternativszenarien der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in Österreich.....	46
7.1	Grundlagen der Szenarien	47
7.2	Szenarien der Wirtschaftsentwicklung	50
7.3	Alternatives Szenario für das Produktionspotenzial.....	53
8	Tabellenanhang	57

Hohe Unsicherheit und mäßiges Wachstum durch die Corona-Krise

Die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben eine äußerst tiefe globale Rezession ausgelöst. Im laufenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Österreich um historisch einmalige 7 ¼ % zurückgehen. Aber bereits in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres sollte eine wirtschaftliche Erholung einsetzen, und im Verlauf des Jahr 2022 dürfte die Wirtschaftsleistung wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Für die gesamte Prognoseperiode 2020 bis 2024 erwartet das Institut eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich ¾ % pro Jahr. Mit der wirtschaftlichen Erholung wird wohl die Inflation etwas anziehen; mit einem Maximalwert von 2 ¼ % im Jahr 2024 bleibt der Preisdruck aber verhalten. Die Corona-Krise hat einen äußerst kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit verursacht. Ausgehend von 10 ¼ % im laufenden Jahr könnte die Arbeitslosenquote bis zum Ende der Prognoseperiode auf 8 % zurückgehen. Die öffentlichen Haushalte werden durch den tiefen Wirtschaftseinbruch und die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen schwer belastet. Die Wirtschaftspolitik sollte auf eine Stärkung der Wachstumskräfte setzen, was die erforderliche Haushaltskonsolidierung erleichtern würde.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Die COVID-19-Pandemie und die strengen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben auch in Österreich zu einem gravierenden Wirtschaftseinbruch geführt. Bereits in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres dürfte aber eine wirtschaftliche Erholung einsetzen. Somit erwartet das Institut für den Zeitraum 2020 bis 2024 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 0,7 %. In den vergangenen fünf Jahren betrug die durchschnittliche Zunahme 1,9 %. Das zu erwartende Wachstum ist aber höher als nach der Finanzkrise (2009–2013: 0,3 %). Diese mittelfristige Vorausschau basiert auf der Juni-Prognose des Instituts für die Jahre 2020 und 2021 und erweitert den Prognosehorizont bis zum Jahr 2024. Nach dem starken Einbruch in diesem Jahr (–7,3 %) und der aufgrund des Wegfalls der Lockdown-Effekte kräftigen Erholung im kommenden Jahr (5,8 %) sollte die Wirtschaft im Jahr 2022 auf einen soliden Wachstumskurs zurückkehren. Für die Jahre 2022 bis 2024 werden Zuwächse von 2,3 %, 1,8 % und 1,6 % erwartet. Insgesamt sollte damit die Wirtschaftsleistung etwa im selben Tempo wie im Euroraum zulegen.

Die mittelfristige Projektion orientiert sich am Produktionspotenzial, also der bei normaler Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten erreichbaren Produktion. Das Institut schätzt, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2019 um 1 ½ % gestiegen ist. Die Corona-Krise dürfte das Wachstum des Produktionspotenzials nur temporär

belasten. Für das laufende Jahr wird ein Wachstum des Potenzials von knapp 1 % erwartet, aber bereits ab dem kommenden Jahr sollte sich das Potenzialwachstum erholen und bis 2024 auf knapp 1 ½ % beschleunigen. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um 1 ¾ % über dem Produktionspotenzial gelegen haben dürfte, schätzt das Institut für heuer einen Absturz der Kapazitätsauslastung auf –6 ½ %. Da sich die Konjunktur nur allmählich erholen dürfte, während das Produktionspotenzial nur vorübergehend schwächer wächst, dürften auch am Ende des Fünfjahreszeitraums die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten noch um knapp 1 % unterausgelastet sein. Aufgrund des atypischen Charakters dieser Krise ist auch die Abschätzung des Produktionspotenzials mit größerer Unsicherheit als üblich behaftet.

Die COVID-19-Pandemie und insbesondere die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben den stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit den 1930er Jahren verursacht. Ausgehend von China griff die Pandemie auf Europa über und erfasst gegenwärtig fast die gesamte Welt. Das Institut geht davon aus, dass der Tiefpunkt der Rezession bereits im zweiten Quartal des laufenden Jahres erreicht wurde und die Weltwirtschaft nun wieder auf einen moderaten Wachstumskurs zurückkehrt. Für die USA wird ein durchschnittliches Wachstum von knapp 1 % im Prognosezeitraum erwartet. Mit knapp über ½ % dürfte die Wirtschaft im Euroraum etwas langsamer zulegen. Für die Gruppe der Industriestaaten impliziert dies ein Wachstum von ¾ %. Die Wirtschaft in den Schwellenländern sollte zwar deutlich schneller wachsen als die in den Industriestaaten, aber mit einem historisch gesehen geringen Tempo. Nach 3 ½ % in den vergangenen fünf Jahren dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum auf durchschnittlich gut 2 % pro Jahr verlangsamen.

Die gesundheitspolitisch motivierten Eindämmungsmaßnahmen führen im laufenden Jahr zu einem gravierenden Einbruch des privaten Konsums in Österreich. In der Lockdown-Phase wurden die Konsummöglichkeiten stark eingeschränkt; so kamen die wirtschaftlichen Aktivitäten im Handel mit nicht-lebensnotwendigen Gütern, im Tourismus sowie im Bereich Unterhaltung/Kultur fast völlig zum Erliegen. Mit dem Ausklingen der COVID-19-bedingten Effekte sollte der private Konsum nächstes Jahr wieder das Vorkrisenniveau erreichen und danach auf einen soliden Wachstumskurs einschwenken. Für den gesamten Prognosezeitraum wird ein durchschnittliches Wachstum von gut 1 % pro Jahr erwartet. Ausgehend von 8 ½ % im Vorjahr dürfte die Sparquote im laufenden Jahr auf 12 ¼ % steigen und danach wieder fallen. Am Ende des Prognosezeitraums könnte sich ein Wert von gut 7 ½ % ergeben.

In den vergangenen fünf Jahren wurden die Ausrüstungsinvestitionen und in den letzten drei Jahren auch die Bauinvestitionen kräftig ausgeweitet. Die gesamten Bruttoanlageinvestitionen stiegen um knapp 3 ½ %. Die Corona-Krise führt zu einem

Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen im heurigen Jahr, während die Bauinvestitionen weniger stark betroffen sein sollten. Daher fällt auch die Erholung bei den Bauinvestitionen schwächer aus. Belastet wird die Investitionstätigkeit durch die niedrige Kapazitätsauslastung und die hohe Unsicherheit. Stützend wirken die niedrigen Finanzierungskosten und die fiskalpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Der Wohnbau profitiert von der Zuwanderung und steigenden Immobilienpreisen. Aufgrund des Einbruchs im heurigen Jahr wachsen die Anlageinvestitionen im Zeitraum 2020 bis 2024 nur um $\frac{3}{4}$ % pro Jahr, wobei für die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen dieselbe durchschnittliche Zunahme erwartet wird.

Die schwache globale Konjunktur drückt auf den Welthandel. Die heimischen Exportmärkte sollten sich um durchschnittlich $1\frac{1}{2}$ % pro Jahr ausweiten. Das Institut erwartet, dass die Exporte im selben Tempo zulegen. Die Corona-Krise hat insbesondere den Tourismussektor schwer getroffen. Erst am Ende des Prognosezeitraums dürften die Reiseverkehrsexporte annähernd wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Die verhaltene Binnennachfrage dämpft auch die Importnachfrage. Die Importe werden voraussichtlich um durchschnittlich $1\frac{3}{4}$ % pro Jahr zulegen. Von der Außenwirtschaft geht somit kein Wachstumsbeitrag aus.

Für die Jahre 2020 bis 2024 erwartet das Institut eine durchschnittliche Inflationsrate von $1\frac{3}{4}$ %. Ausgehend von 1 % sollte sich der Preisauftrieb mit der Konjunkturerholung wieder bis auf $2\frac{1}{4}$ % beschleunigen. Von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen sowie den Lohnstückkosten dürften dabei nur schwache preistreibende Impulse ausgehen.

Die Corona-Krise hat voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Mit dem Lockdown ist die Beschäftigung eingebrochen und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist enorm angestiegen. Aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Aktivität sollte sich die Lage am Arbeitsmarkt sukzessive verbessern, allerdings nur langsam. Das durchschnittliche Beschäftigungswachstum im Prognosezeitraum dürfte wohl nur knapp $\frac{1}{2}$ % betragen. Ausgehend von $10\frac{1}{4}$ % im laufenden Jahr könnte die Arbeitslosenquote (nationale Definition) bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder auf 8 % sinken.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird von der Corona-Krise dominiert. Die Bundesregierung hat zahlreiche fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt, um den Wirtschaftseinbruch abzumildern und das „Hochfahren“ der Wirtschaft zu unterstützen. Ein umfangreiches Hilfspaket in Höhe von 50 Mrd. Euro wurde zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie aufgelegt. Inkludiert sind in diesem Paket ein Härtefallfonds vor allem für Kleinunternehmen, ein Corona-Hilfsfonds mit Garantien und Haftungen zur Kreditsicherung von Unternehmen und einem Fixkostenzuschuss, Steuerstundungen sowie Mittel zur Finanzierung von Kurzarbeitsbeihilfen. Dazu

kommen unter anderem zusätzliche Ausgaben für den Gesundheitsbereich sowie Investitionsförderungen, Steuersenkungen, Einmalzahlungen für Kinder und Arbeitslose, und staatliche Investitionen. Die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen sind unzweifelhaft notwendig, um die Wirtschaft zu stabilisieren bzw. mittelfristig auf einen stabilen Wachstumskurs zu bringen; allerdings wird das Budget ganz massiv belastet. Das Institut geht davon aus, dass das Budgetdefizit bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder auf 2 % des BIP zurückgeführt werden kann. Allerdings ist die Abschätzung der budgetären Entwicklung gegenwärtig mit großer Unsicherheit behaftet.

Die Pandemie stellt die Wirtschafts- und Finanzpolitik vor große Herausforderungen. Wirtschaftspolitisch gilt es, angesichts der Unsicherheit weiterhin auf die wirtschaftliche Dynamik im Inland, aber auch im Ausland, zu achten, und die gewählten wirtschaftspolitischen Instrumente gegebenenfalls weiterzuentwickeln oder gänzlich neue Instrumente zu generieren. Großes Augenmerk muss in den kommenden Jahren auf den Arbeitsmarkt gelegt werden. Eine Umwandlung der Corona-Kurzarbeit, aktive Arbeitsmarktpolitik, z.B. in Form von sektoralen Arbeitsmarktstiftungen, und eine Stärkung von Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Umschulungselementen im Rahmen der jeweiligen Programme scheinen unumgänglich, um Hysteresis-Effekte zu vermeiden. Besonders im Fokus stehen sollte auch jene Kohorte, die dieses Jahr auf den Arbeitsmarkt kommt. Aufgrund der schlechten Lage sollen Möglichkeiten geschaffen werden, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die keine Arbeit finden, zumindest ein weiteres Jahr in Ausbildung bleiben können.

Obwohl angesichts der Herausforderungen verständlich, wäre eine vollständige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf die durch COVID-19 ausgelöste Wirtschaftskrise gefährlich. Strukturelle Reform-Notwendigkeiten, die schon vor der Krise vorhanden waren, sind weiterhin für die österreichische Wirtschaftspolitik relevant. Dazu zählen die Notwendigkeit der Einhaltung der Klimaziele und ihre wirtschaftspolitische Unterlegung genauso wie Reformen in den Bereichen Föderalismus, Gesundheitsversorgung, Pflege und Pensionen, mit dem Ziel, die Kostendynamik zu verlangsamen. Weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen sollen auf eine Stärkung der Wachstumskräfte setzen. Dies geschieht durch die stärkere Unterstützung von Innovation und Forschung. Gelingt die Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums, würde dies die erforderliche Haushaltskonsolidierung nach dem Ende der Wirtschaftskrise erleichtern.

Insgesamt gesehen dominieren die Abwärtsrisiken hinsichtlich der Entwicklung der Weltwirtschaft. Die Corona-Krise könnte die protektionistischen Tendenzen in der Handelspolitik verstärken und so die Erholung der Weltwirtschaft bremsen. Eine Insolvenzwelle würde den Bankensektor belasten und könnte eine Finanzkrise auslösen. Die hohe internationale Verschuldung stellt einen weiteren Risikofaktor dar. Es herrscht auch weiterhin Unsicherheit über die finale Ausgestaltung der Handelsbeziehungen

zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Gegenwärtig hängt die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur von rein ökonomischen Faktoren ab, sondern insbesondere vom weiteren Verlauf der Pandemie. Um der dadurch besonders hohen Unsicherheit Rechnung zu tragen, hat das Institut neben der Basisvariante noch drei alternative Szenarien der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in Österreich erstellt: ein Szenario „2. Welle“, ein Szenario „langsame Erholung“ und ein Szenario „schnelle Erholung“. Die Szenarien unterscheiden sich hinsichtlich der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2020 und 2021 und somit auch darin, wann wieder das Niveau der Wirtschaftsleistung von vor der Krise erreicht wird. Im Fall einer zweiten Welle der Virusausbreitung sind auch negative Auswirkungen auf das Produktionspotenzial zu erwarten, weshalb das Institut auch für den Potenzialpfad ein Alternativszenario erstellt hat. Die Szenarien werden in Kapitel 7 ausführlich dargestellt.

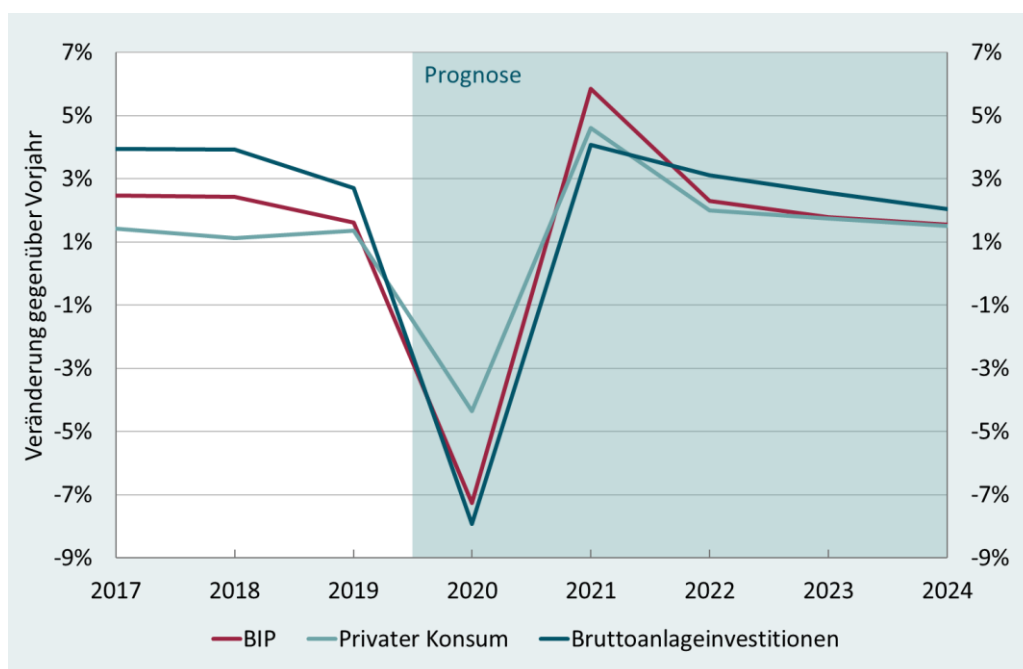
Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2010–2014	2015–2019	2020–2024
Bruttoinlandsprodukt, real	1,2	1,9	0,7
Privater Konsum, real	0,6	1,2	1,1
Bruttoinvestitionen, real	1,5	3,5	0,4
Bruttoanlageninvestitionen, real	1,2	3,4	0,7
Ausrüstungsinvestitionen, real	2,5	4,6	0,7
Bauinvestitionen, real	–0,3	2,0	0,7
Inlandsnachfrage, real	1,0	1,8	0,9
Exporte i. w. S., real	4,7	4,0	1,4
Waren, real (laut VGR)	5,3	3,9	1,6
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0,5	3,3	–0,5
Importe i. w. S., real	4,4	3,9	1,7
Waren, real (laut VGR)	4,0	3,6	1,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	–1,7	4,5	0,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,1	1,7	0,4
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	7,3	8,3	8,8
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,1	5,3	5,3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,0	2,2	1,9
Preisindex des BIP	1,7	1,7	1,6
Verbraucherpreisindex	2,2	1,5	1,7
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	–2,5	–0,8	–4,7
3-Monats-Euribor ⁱ	0,6	–0,3	–0,3
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	2,4	0,5	0,1

ⁱ absolute Werte

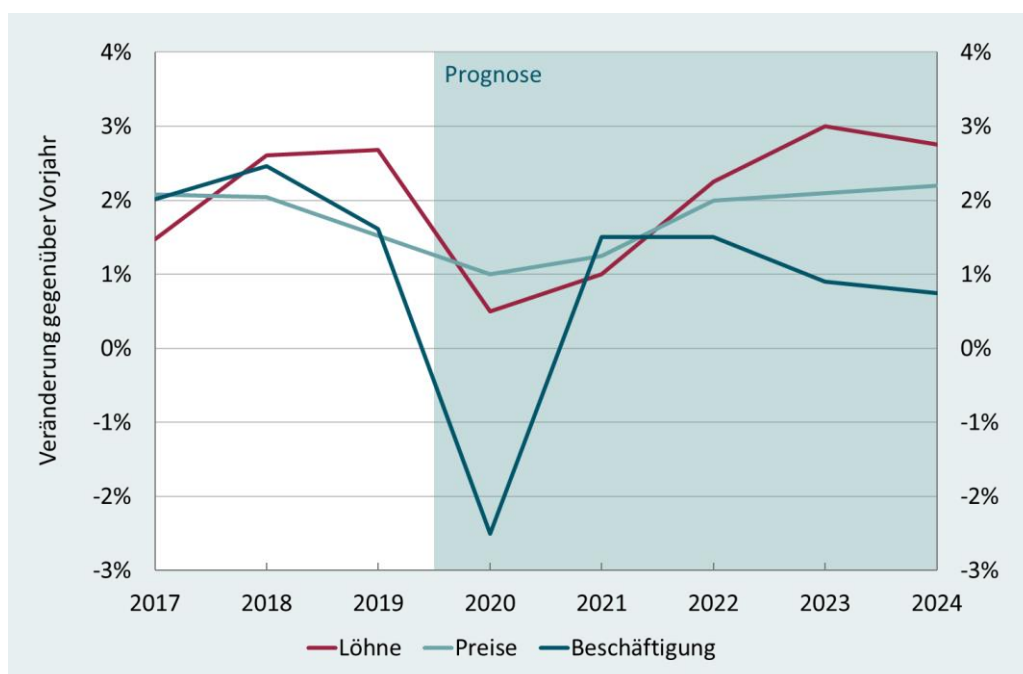
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



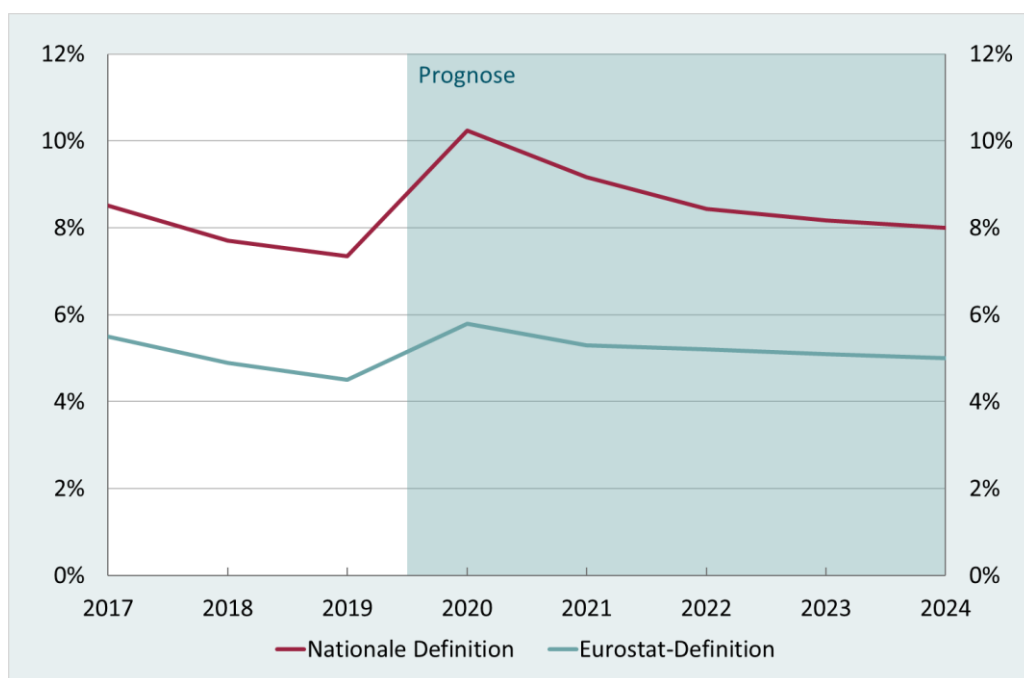
Quelle: Statistik Austria, WIFO, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



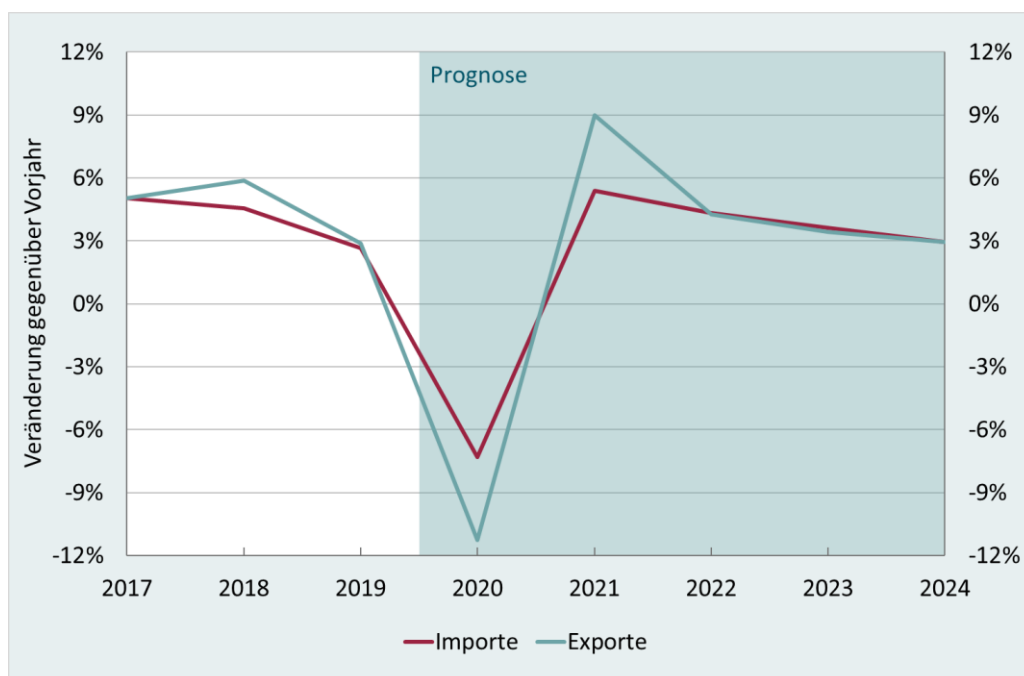
Quelle: Statistik Austria, WIFO, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



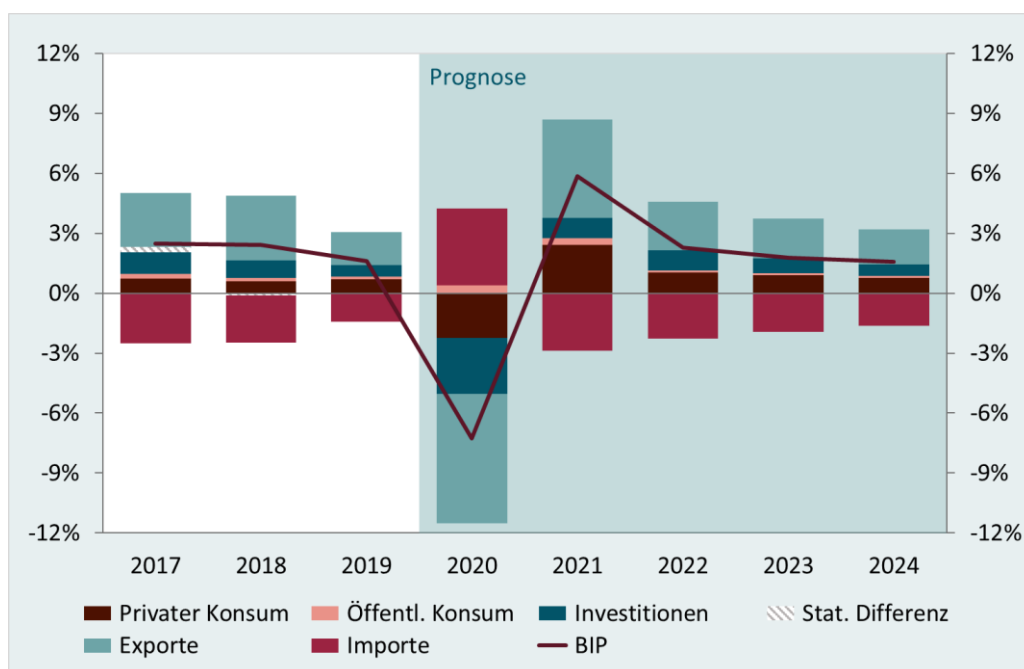
Quelle: AMS, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



Quelle: Statistik Austria, WIFO, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, WIFO, ab 2020 Prognose des IHS

2 Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft

Die mittelfristige Projektion orientiert sich am Produktionspotenzial, also der bei normaler Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten erreichbaren Produktion. Im Einklang mit der Methode, die auch von der Europäischen Kommission verwendet wird, schätzt das Institut das österreichische Produktionspotenzial auf Basis einer Produktionsfunktion. Als Produktionsfaktoren werden das trendmäßige Arbeitsvolumen, der Kapitalbestand und der Trend des technischen Fortschritts berücksichtigt. Die Corona-Krise führt dazu, dass die Schätzung des Produktionspotenzials mit größerer Unsicherheit als üblich behaftet ist. Daher wird in Kapitel 7 ein Alternativszenario skizziert.

Gemäß der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (Hauptvariante) steigt die Bevölkerung in Österreich bis zum Jahr 2024 um rund 165.500 Personen, darunter etwa 73.500 Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre). Dieser Anstieg in der relevanten Altersgruppe um gut 1 % ist bei annähernd ausgeglichener Geburtenbilanz fast ausschließlich auf einen positiven Wanderungssaldo mit dem Ausland zurückzuführen.

Die trendmäßige Partizipationsrate, also jener Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung, der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, dürfte bis zum Ende des Prognosezeitraums um 1,5 Prozentpunkte steigen. Damit flacht sich die Zunahme der Partizipationsrate ab, was maßgeblich auf den demografischen Wandel zurückzuführen ist. Der Anteil der älteren Personen mit immer noch vergleichsweise niedriger Erwerbsbeteiligung steigt, während der Anteil der Personen im Haupterwerbsalter mit stabil hohen Partizipationsraten immer mehr abnimmt. Die Erwerbsbeteiligung der Älteren ist in den letzten Jahren stark gestiegen, aber angesichts des inzwischen erreichten höheren Niveaus dürfte sich das Wachstum der Partizipationsrate künftig abschwächen.

Hinsichtlich der strukturellen Arbeitslosenquote geht das Institut davon aus, dass diese infolge der COVID-19-Pandemie vorübergehend steigt, mit der erwarteten Konjunkturerholung aber bereits ab dem kommenden Jahr wieder zurückgeht. Gemäß den aktuellen Schätzungen auf Basis der Arbeitslosenquote nach nationaler Definition belief sich die strukturelle Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 8,3 %. Sie dürfte im Jahresdurchschnitt 2020 auf 8,7 % steigen und anschließend auf 8,0 % am Ende des Prognosezeitraums sinken. Damit läge sie wieder auf dem Niveau des Jahres 2014, also nach der Wirtschafts- und Finanzkrise und der anschließenden europäischen Staatsschuldenkrise. Der Anstieg wäre somit in der gegenwärtigen Krise deutlich schwächer und kurzlebiger als damals. Dem liegt die Erwartung zugrunde, dass die

COVID-19-Pandemie einen zwar sehr scharfen, aber nur kurzen Wirtschaftseinbruch verursacht, während die Finanz- und Wirtschaftskrise und die europäische Staatsschuldenkrise die Wirtschaftsentwicklung nachhaltiger beeinflusst haben.

Im Jahr 2020 sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen durch die massive Inanspruchnahme der Kurzarbeit stark. Dieser Einbruch dürfte aber nur temporär sein und den für das Produktionspotenzial relevanten Trend kaum beeinflussen. Aber auch die trendmäßige Arbeitszeit je Erwerbstätigen war in den vergangenen Jahren rückläufig, was insbesondere auf die wachsende Bedeutung der Teilzeitarbeit zurückzuführen ist. In den vergangenen Jahren hat sich der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit auf 0,2 % pro Jahr verlangsamt, und die Fortschreibung ergibt auch bis zum Ende des Prognosezeitraums einen jährlichen Rückgang um 0,2 %. Aus den beschriebenen Komponenten ergibt sich, dass das trendmäßige Arbeitsvolumen im Prognosezeitraum um 0,5 % pro Jahr zunimmt.

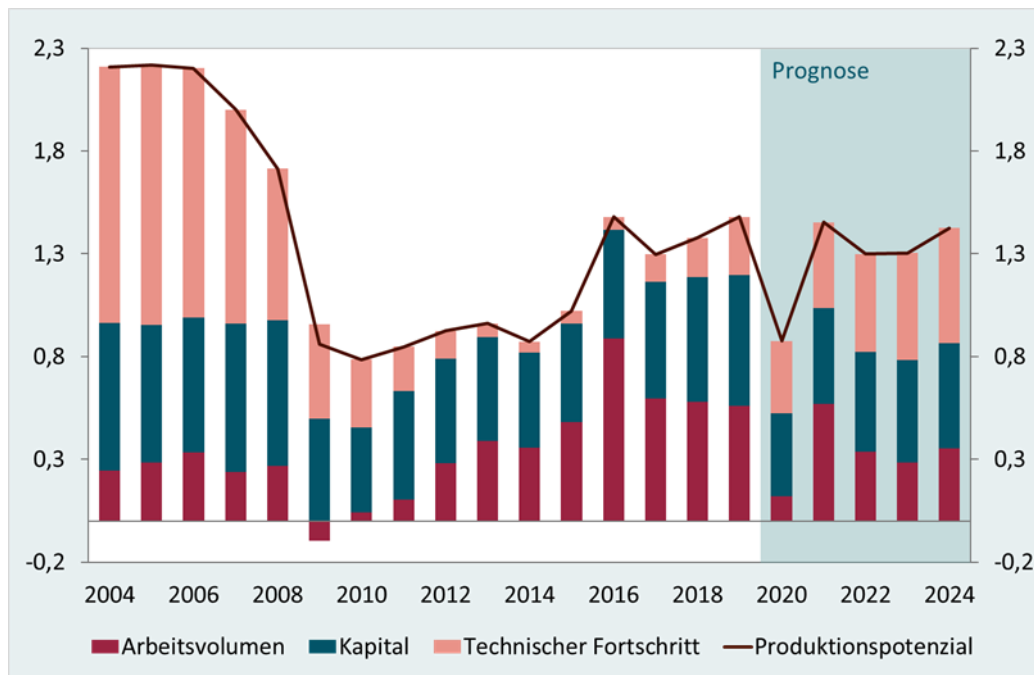
Die lebhafte Investitionstätigkeit seit dem Jahr 2015 hat zu einer kräftigen Ausweitung des Kapitalstocks geführt. Der Anstieg hat sich von 1,3 % im Jahr 2014 auf 1,8 % im Jahr 2019 beschleunigt. Der starke, aber vorübergehende Einbruch der Anlageinvestitionen im Jahr 2020 wird dazu führen, dass sich das Wachstum des Kapitalstocks auf 1,2 % abschwächt. Mit der erwarteten Belebung der Investitionstätigkeit sollte sich das Wachstum des Sachkapitalbestands bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 1,5 % beschleunigen.

Wie in anderen Industrieländern hat sich auch in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten das Wachstum des technischen Fortschritts im Trend abgeschwächt. Seit dem Jahr 2011 ist den Schätzungen des Instituts zufolge der technische Fortschritt, gemessen als jener Teil des Wachstums des Produktionspotenzials, der nicht auf Veränderungen des Arbeitsvolumens und des Kapitalstocks zurückzuführen ist, nur um 0,1 % bis 0,2 % pro Jahr gestiegen. Vor der Finanz- und Wirtschaftskrise war das Wachstum des technischen Fortschritts noch um rund einen Prozentpunkt pro Jahr höher. Da mit der Installation neuer Anlagen oft technische Neuerungen verbunden sind und Unternehmen in Krisenzeiten häufig ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung kürzen, dürfte sich das Wachstum des technischen Fortschritts nur allmählich erholen und bis zum Ende des Prognosezeitraums 0,5 % pro Jahr erreichen.

Auf Basis der beschriebenen Entwicklung der Bestimmungsfaktoren geht das Institut davon aus, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2019 um 1,5 % gewachsen ist. Vorübergehend beeinträchtigt die Corona-Krise die Produktionsmöglichkeiten, sodass sich das Wachstum im Jahr 2020 auf knapp 1 % abschwächt. Aufgrund der erwarteten Konjunkturbelebung geht das Institut aber davon aus, dass sich das Wachstum des Produktionspotenzials bereits im kommenden Jahr erholt und im gesamten Zeitraum

2020 bis 2024 auf 1,3 % pro Jahr beläuft. Wie Abbildung 6 zeigt, tragen mittelfristig die Nutzung des Kapitalbestands und der technische Fortschritt etwa gleich viel zum Wachstum der Produktionsmöglichkeiten bei, während der Beitrag des Arbeitsvolumens geringer ist.

Abbildung 6: Produktionspotenzial und seine Determinanten
in Prozent bzw. Prozentpunkten

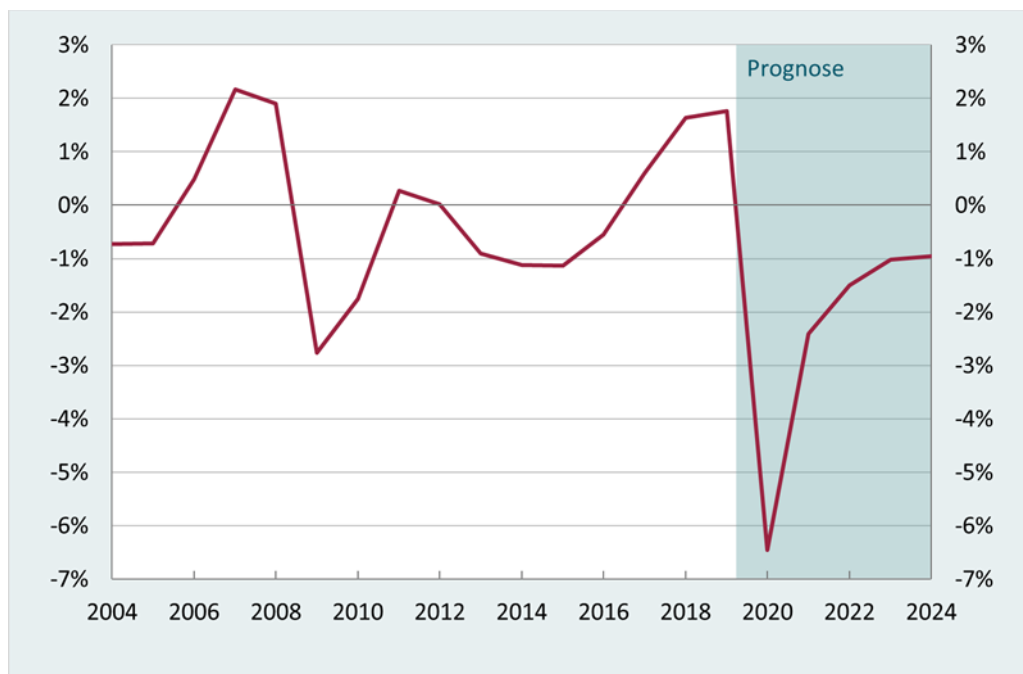


Quelle: Eigene Schätzungen und Berechnungen

Der kräftige Konjunkturaufschwung hat in den vergangenen Jahren zu einem merklichen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung geführt. Nach den aktuellen Schätzungen des Instituts lag das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 um 1,8 % über dem Produktionspotenzial. Wie Abbildung 7 zeigt, lässt die Rezession die Kapazitätsauslastung in einem historischen Ausmaß einbrechen. Mit 6,4 % ist die Unterauslastung im Jahr 2020 mehr als doppelt so groß wie im Jahr 2009 im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Aufgrund der Konjunkturerholung dürfte sich die negative Produktionslücke im kommenden Jahr wieder merklich schließen. Da das Institut, wie beschrieben, davon ausgeht, dass sich die Krise nur wenig auf das Produktionspotenzial auswirkt, während sich das Wirtschaftswachstum zwar im kommenden Jahr kräftig erholt, anschließend aber auf durchschnittliche Raten einschwemkt, wird die Wirtschaftsleistung wohl auch am Ende des Prognosezeitraums noch rund 1 % unter den Produktionsmöglichkeiten liegen.

Abbildung 7: Produktionslücke

Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotenzial in Prozent des Produktionspotenzials



Quelle: Eigene Schätzungen und Berechnungen

3 Die internationale Konjunktur

3.1 Überblick

In den letzten fünf Jahren herrschten günstige Rahmenbedingungen für ein starkes Wachstum der **Weltwirtschaft**. Neben geringen Erdöl- und Rohstoffpreisen sorgte eine expansiv ausgerichtete globale Geldpolitik für günstige Finanzierungsbedingungen; dennoch wuchs die globale Industrieproduktion mit durchschnittlich 2,2 % pro Jahr nur verhalten. Eine deutliche Abkühlung des Wachstums Chinas, der Schwellenländer Asiens, der USA und Japans sowie eine rückläufige Produktion in Lateinamerika haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Das gedämpfte Wachstum der Güterproduktion sowie die zunehmenden protektionistischen Tendenzen in der Handelspolitik drückten auf den Welthandel. Das weltweite Bruttoinlandsprodukt wuchs in den Jahren 2015 bis 2019 um durchschnittlich 3,5 %. In den Schwellenländern verlangsamte sich das Wachstum aufgrund des Konvergenzprozesses Chinas und der schwachen Entwicklung Lateinamerikas, Afrikas und der Länder des Nahen Osten auf 4,4 % pro Jahr. Die Wirtschaftsleistung wuchs in den Industrieländern um 2,3 % und in der EU-27 um 2,2 % pro Jahr. Der Erdölpreis der Sorte Brent lag im Zeitraum 2015 bis 2019 bei durchschnittlich 57,8 US-Dollar pro Fass und der durchschnittliche USD/EUR-Wechselkurs betrug 1,13.

Nach zwei Jahren starken Wachstums zeigten sich bereits im Jahr 2019 erste Anzeichen einer Abkühlung. Die COVID-19-Pandemie stürzt die Weltwirtschaft dann im laufenden Jahr abrupt in eine tiefe globale Rezession, voraussichtlich gefolgt von einer kräftigen Erholung im Jahr 2021. In den drei darauffolgenden Jahren sollte die Weltwirtschaft auf einen moderaten Wachstumspfad einschwenken. Das Institut erwartet somit eine kurze, aber intensive Rezession, welche einen Schatten auf die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung wirft.

Für die Jahre 2020 bis 2024 geht das Institut von einem durchschnittlichen Erdölpreis von 50,7 US-Dollar und einem Wechselkurs von 1,11 aus. Die Weltwirtschaft wird in den Jahren 2020 bis 2024 im Durchschnitt um voraussichtlich 2,1 % pro Jahr zulegen. Der Welthandel sollte mit durchschnittlich 0,9 % pro Jahr wachsen. Für die Länder der OECD erwartet das Institut ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 0,8 % und für die Länder der EU-27 von 0,7 %. Das durchschnittliche Wachstum im Euroraum dürfte 0,6 % pro Jahr betragen. Das im April vom Europäischen Rat beschlossene Krisenpaket sowie der am 20. Juli von den EU-Staats- und Regierungschefs beschlossene Wiederaufbaufonds sollten neben der expansiven Geldpolitik innerhalb des Prognosezeitraums stützend wirken. Die Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt

voraussichtlich bei 8,0 % liegen. Das Institut erwartet eine durchschnittliche Inflationsrate von 1,4 %.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2015–2019	2020–2024
BIP-Wachstum	2,0	0,6
Arbeitslosenquote	9,1	8,0
Inflation HVPI	1,0	1,4

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Der mittelfristige Ausblick ist mit hohen Unsicherheiten behaftet. Das wesentliche Abwärtsrisiko betrifft den weiteren Verlauf der Pandemie und damit die Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Erholung. Für die Prognose der globalen Entwicklung wurde unterstellt, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre keine zweite Infektionswelle ausbricht und es in den Jahren 2021 bis 2024 zu einer spürbaren Erholung kommt. Die Auswirkungen einer Verletzung dieser Annahmen auf das Wirtschaftswachstum Österreichs werden in Kapitel 7 dieser Prognose mittels entsprechender Szenarien illustriert. Da die Infektionszahlen in den USA und Mexiko, aber auch in einigen europäischen Ländern bzw. österreichischen Regionen Mitte Juli wieder angestiegen sind, ist die Gefahr einer zweiten Welle gegenwärtig. Für diese Mittelfristprognose wird jedoch davon ausgegangen, dass eine fokussierte Präventionsstrategie, aber kein weiterer vollständiger Shutdown implementiert wird und die wirtschaftlichen Auswirkungen damit deutlich geringer ausfallen würden. Mangels empirischer Erfahrungswerte ist die Unsicherheit über die Geschwindigkeit und das Ausmaß der mittelfristigen wirtschaftlichen Erholung nach einer Pandemie-induzierten globalen Rezession hoch. Die letzte Rezession nahm ihren Ausgang im Finanzsektor, konzentrierte sich auf Wirtschaftszweige der Warenherstellung, fortgeschrittene Länder und verlief vergleichsweise langsam und mild. Insgesamt erholte sich die Weltwirtschaft relativ rasch von dieser Krise. Der Erholungsprozess gestaltete sich in einzelnen Ländern jedoch heterogen. So überschritt die Wirtschaftsleistung bspw. in den USA nach dem Einbruch im Jahr 2009 bereits zwei Jahre darauf das Vorkrisenniveau, während sie in Italien auch im Jahr 2019 noch darunter lag. Die aktuelle Pandemie-Rezession betrifft alle großen Wirtschaftsräume der Welt, lähmt große Teile des Dienstleistungssektors und manifestierte sich schnell und stark. Als Reaktion auf das Risiko erneuter Virusausbrüche könnten Unternehmen ihre globalen Lieferketten mittel- bis langfristig neu ausrichten. Eine verstärkte Rückverlagerung von internationalisierten Produktionsschritten würde mit entsprechenden Produktivitäts- und damit Wachstumspotenzialverlusten einhergehen. Wird die Neuorganisation jedoch mit verstärkten Digitalisierungs- und Automatisierungsprozessen verbunden, könnte dies

auch die Chance auf ein nachhaltig höheres Produktivitätswachstum in sich bergen. Mögliche Gefahren für die angenommene wirtschaftliche Erholung wären Hysteresis-Effekte am Arbeitsmarkt, eine nachhaltig gedämpfte Konsumententwicklung sowie Friktionen in den internationalen Lieferketten bzw. dem Reiseverkehr durch international asynchron organisierte Präventionsmaßnahmen wie bspw. Grenzsicherungen. Weitere Abwärtsrisiken bestehen hinsichtlich des Handelskonflikts zwischen den USA und China bzw. Europa, der endgültigen Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, der Stabilität des Finanzsektors sowie der Finanzierungsbedingungen stark verschuldeter Staaten.

3.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** ist im Zeitraum 2015 bis 2019 um durchschnittlich 2,4 % pro Jahr gewachsen. Vor allem in den Jahren 2015 und 2018 wuchs die amerikanische Wirtschaft mit jeweils knapp 3 % besonders kräftig. Das hohe Wachstum im Jahr 2018 wurde durch Steuersenkungen gestützt. Die Arbeitslosenquote sank von 5,7 % im Jänner 2015 auf 3,5 % im Dezember 2019. Die Inflationsrate betrug zwischen 2015 und 2019 im Durchschnitt 1,6 %. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung hob die Notenbank den Zinssatz auf ein Zielband von 2,25 % bis 2,50 % im August 2019 an. Danach kühlte sich die Wirtschaft ab und die Geldpolitik wurde wieder expansiver. Der eskalierte Handelskonflikt mit China führte 2019 zu starken Einbrüchen in den Handelsflüssen zwischen den beiden großen Wirtschaftsblöcken.

Die USA sind derzeit einer der weltweiten Hotspots der COVID-19-Pandemie. Präventionsmaßnahmen wurden in vielen Bundesstaaten zu spät gesetzt bzw. zu früh gelockert. Aktuell sind die Infektionszahlen wieder stark angestiegen. Aufgrund der hohen Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt wird jedoch eine vergleichsweise starke wirtschaftliche Erholungsphase erwartet. Die Arbeitslosenquote betrug zuletzt 11,1 %, könnte aber rasch wieder fallen. Ein wesentliches Abwärtsrisiko stellen jedoch die aktuellen Infektionszahlen dar. Im Gegensatz zu anderen Ländern zeigt sich die US-Regierung hinsichtlich weiterer Corona-Hilfspakete zurückhaltend. In den Jahren 2020 bis 2024 wird die Wirtschaftsleistung der USA voraussichtlich um durchschnittlich 0,9 % pro Jahr steigen. Die Wirtschaftsbeziehungen mit China haben sich zuletzt weiter verschlechtert und die Unsicherheiten über die Ausgestaltung der Zölle auf europäische und japanische Produkte der Automobilindustrie bleiben bestehen.

In **Japan** ist die Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1,0 % gewachsen. Die Investitionen nahmen in dieser Zeit zwar moderat zu, der Konsum der privaten Haushalte weitete sich dagegen kaum aus. Die Exportwirtschaft profitierte von

der Yen-Abwertung und dem globalen Aufschwung in der güterverarbeitenden Industrie.

Im Prognosezeitraum dürfte das BIP wegen des starken Einbruchs im laufenden Jahr nur um durchschnittlich 0,1 % pro Jahr wachsen. Solide Unternehmensgewinne und die Arbeitskräfteknappheit sollten die Investitionstätigkeit erhöhen. Die beschlossenen Konjunkturprogramme in Höhe von insgesamt rund 40 % des BIP mit Subventionen für die von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen und Direktzahlungen an Haushalte, sowie die auf das Jahr 2021 verschobenen Olympischen Spiele in Tokio dürften die Konjunktur am Anfang des Prognosezeitraums stützen. Die Erholung der Auslandsnachfrage, insbesondere aus China und den USA, könnte zu einer dynamischen Entwicklung der japanischen Exporte in den nächsten Jahren führen. Wegen der Alterung Bevölkerung nimmt der Arbeitskräftemangel zu. Der Bevölkerungsrückgang führt zu Strukturreformen im Hinblick auf den Abbau von Hindernissen für die Erwerbsbeteiligung inländischer (Frauen und Ältere) und ausländischer Arbeitskräfte. Allerdings blieb der Erfolg der im April 2019 eingeführten gesetzlichen Grundlage für die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte zum japanischen Arbeitsmarkt – der *Specified Skilled Worker*-Aufenthaltsstatus – wegen bürokratischer Hürden bisher weit hinter den Erwartungen zurück. Aufgrund der schwachen Wirtschaftslage und zur Erreichung des Preisstabilitätszieles wird die *Bank of Japan* ihre ultralockere Geldpolitik voraussichtlich fortsetzen. Durch die niedrigen Zinssätze können auch die Auswirkungen der hohen Staatsverschuldung abgefedert werden.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 6,7 % gewachsen. Allerdings verlangsamte sich das Wachstum in diesem Zeitraum kontinuierlich. Dies geht vor allem auf die Umsetzung des Reformprozesses zurück. Kernpunkt ist dabei die angestrebte Umwandlung des chinesischen Wirtschaftsmodells von einer export- und investitionsgetriebenen hin zu einer stärker konsumgetriebenen Wirtschaft. Im Einklang mit den angestrebten Zielen hat sich in den vergangenen fünf Jahren der Zuwachs der Investitionen deutlich abgeschwächt. Dagegen blieb das Wachstumstempo beim privaten Konsum hoch. Zusätzlich profitierte die chinesische Wirtschaft vom globalen Aufschwung in der güterverarbeitenden Industrie in den letzten Jahren.

Im Prognosezeitraum dürfte in China das BIP-Wachstum im Durchschnitt 4,6 % betragen. Strukturprobleme und die erforderlichen Maßnahmen zum Schuldenabbau trüben die Aussichten für die chinesische Wirtschaft. Am Anfang des Prognosezeitraums ist infolge des Handelskonflikts mit den USA und der Auswirkungen der Corona-Krise mit einer schwächeren Exportentwicklung zu rechnen. Die globale Nachfrage dürfte sich aber in den Folgejahren erholen und deutlich zum BIP-Wachstum beitragen. Die expansive Geldpolitik sollte die Wirtschaft weiterhin stützen. Um das BIP-Wachstum anzukurbeln,

setzt die Regierung auf eine expansive Fiskalpolitik mit einer zentralen Rolle der öffentlichen Investitionen. Zusätzliche Maßnahmen dürften den Konsum ankurbeln. Die Urbanisierung und die rasche Expansion der Dienstleistungsbranchen könnten für Beschäftigungsmöglichkeiten sorgen und die Arbeitslosigkeit niedrig halten.

Im Zeitraum 2015 bis 2019 wuchs die Wirtschaft in **Deutschland** im Durchschnitt um 1,7 % pro Jahr. Getragen wurde das Wachstum von der starken Inlandsnachfrage. Der private Konsum profitierte vom Beschäftigungsaufbau und den steigenden Realeinkommen. Auch der öffentliche Konsum wurde kräftig ausgeweitet, ebenso wie die Anlageinvestitionen, die von den günstigen Finanzierungsbedingungen profitierten. Die Bauinvestitionen wurden zudem durch die hohe Zuwanderung getragen, vor allem zu Beginn des Fünfjahreszeitraums. Die hohe Kapazitätsauslastung veranlasste die Unternehmen, in die Erweiterung ihres Maschinenparks zu investieren. Die Ausfuhren wurden durch die hohe Auslandsnachfrage angeregt. Da aber im Zuge der kräftigen Inlandsnachfrage auch die Importe deutlich zulegten, trug der Außenbeitrag leicht negativ zum Wachstum bei. Die Zahl der Erwerbstätigen war im Jahr 2019 um rund 6 % höher als im Jahr 2014, wodurch die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition von 6,7 % im Jahr 2014 auf 5,0 % im Jahr 2019 sank. Gemäß EU-Definition hatte Deutschland im Jahr 2019 mit 3,2 % die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in der EU. Die Inflation blieb niedrig und belief sich im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums auf 1,1 %.

Das Institut erwartet gegenwärtig, dass die COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 zu einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um 6,0 % führt, gefolgt von einem Wachstum um 5,0 % im kommenden Jahr. Damit dürfte Deutschland vergleichsweise glimpflich durch die Krise kommen, wozu die erfolgreiche Eindämmung der Pandemie ebenso wie massive fiskalpolitische Stützungsmaßnahmen beitragen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit kann mit einer kräftigen Ausweitung der Möglichkeiten zur Kurzarbeit begrenzt werden. Gleichwohl dürfte die Beschäftigung im Jahr 2020 zurückgehen und die Arbeitslosigkeit zulegen. Auch dürfte die Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigen. Bis zur Entwicklung eines Impfstoffs bzw. eines wirksamen Medikaments kommt es zudem in einigen Wirtschaftsbereichen zu Kapazitätsbeschränkungen. Die Inlandsnachfrage wird sich daher nur allmählich erholen. Gleiches trifft auf die Auslandsnachfrage zu, die zudem vom zunehmenden Protektionismus beeinträchtigt wird. Darüber hinaus treten die strukturellen Probleme in der deutschen Industrie wieder in den Vordergrund. Dies betrifft etwa den Strukturwandel in der Automobilindustrie hin zur Elektromobilität. Das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft wird zudem durch die demografische Entwicklung gebremst. Alles in allem erwartet das Institut, dass das Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 2020 bis 2024 um 0,6 % pro Jahr steigt.

Die wirtschaftliche Situation in **Italien** war in den letzten fünf Jahren verhalten positiv. Die italienische Volkswirtschaft schlug dabei einen vergleichsweise moderaten Wachstumspfad ein, auf welchem das BIP in den Jahren 2015 bis 2019 um durchschnittlich 1,0 % pro Jahr wuchs. Damit blieb Italien allerdings deutlich hinter den Wachstumszahlen vergleichbar entwickelter Volkswirtschaften zurück und konnte die konjunkturrell guten Jahre kaum nutzen, um strukturelle Probleme anzugehen, z.B. die hohe Schuldenlast oder die fehlenden Investitionen in F&E.

Diese Problematik fällt insbesondere ins Gewicht, da Italien als erstes europäisches Land von der COVID-19-Pandemie betroffen war und einen schweren Verlauf der Pandemie aufweist. Hinzu kommt, dass mit der Lombardei eine der wirtschaftlich stärksten Regionen des Landes am heftigsten betroffen ist. Entsprechend stellen sich die aktuellen ökonomischen Maßzahlen dar. Für den Prognosezeitraum 2020 bis 2024 erwartet das Institut daher ein durchschnittliches jährliches Wachstum von nur mehr 0,4 %. Es ist zu befürchten, dass sich die strukturellen Probleme Italiens weiter verschärfen und eine potenzielle Bedrohung auch für den Euroraum darstellen werden.

In **Frankreich** betrug das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2015 bis 2019 im Durchschnitt 1,6 %. Die Inflationsrate lag im Durchschnitt bei 1,0 % und die Arbeitslosenquote sank von 10,4 % im Jänner 2015 auf 8,2 % im Dezember 2019. Die Regierung setzte trotz Streiks und Gelbwesendemonstrationen umfassende wirtschaftliche Reformen um. Eine geplante Konsolidierung des Pensionssystems scheiterte aber wie schon im Jahr 1995.

Die Wirtschaft Frankreichs wurde besonders hart von der COVID-19-Pandemie getroffen. Im laufenden Jahr wird ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im zweistelligen Prozentbereich erwartet. Wie auch in anderen Ländern wurden umfangreiche Hilfspakete beschlossen. Die französische Wirtschaft wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um durchschnittlich 0,4 % pro Jahr wachsen. Neben dem weiteren Verlauf der Pandemie stellt auch der Steuerstreit mit den USA ein Abwärtsrisiko dar. Frankreich führte im vergangenen Jahr im Alleingang eine Digitalsteuer ein, welche überwiegend auf US-amerikanische Unternehmen abzielt. Die USA drohen aktuell mit der Einhebung von Zöllen in Höhe von 25 % auf französische Produkte im nächsten Jahr, sollte Frankreich die Steuer beibehalten.

Die Wirtschaftsleistung im **Vereinigten Königreich** verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren einen Zuwachs um durchschnittlich 1,8 %. Die Konjunktur wies damit eine im Vergleich zu den großen Industrieländern recht starke Dynamik auf. Insbesondere der Arbeitsmarkt entwickelte sich sehr gut. Seit der Entscheidung für den Brexit im Juni 2016 haben sich die Konjunkturerwartungen eingetrübt und die Wirtschaft ist etwas langsamer gewachsen. Die *Bank of England* (BoE) senkte, zum Teil als Reaktion auf die

Brexit-Entscheidung, im August 2016 den Leitzinssatz von 0,50 % auf 0,25 %, später hob sie den Reposat wieder leicht an und im März des laufenden Jahres wurde er in Reaktion auf die Corona-Krise auf 0,1 % gesenkt. Im Vergleich zu anderen Ländern hat das Vereinigte Königreich erst spät Maßnahmen zur Eindämmung der Krise ergriffen. Die aktuellen Werte der Markit/CIPS Stimmungsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor deuten jedoch bereits wieder auf eine deutliche Wirtschaftserholung hin.

Die Konjunktur wird weiterhin durch die Post-Brexit-Unsicherheiten um die konkrete Ausgestaltung der Beziehungen zur Europäischen Union ab 2021 belastet. Bis dahin gilt die aktuelle Übergangsphase, deren Verlängerung von Seiten des Vereinigten Königreiches bisher abgelehnt wurde. So könnte es Ende 2020 doch noch zu einem harten Brexit kommen, wenn bis dahin kein neues Handelsabkommen mit der EU geschlossen wird. Das Institut geht davon aus, dass eine Regelung gefunden wird, die eine weitgehend friktionslose Fortsetzung der allermeisten wirtschaftlichen Beziehungen ermöglicht. Damit sollten die negativen Folgen des Brexit begrenzt bleiben. Im Prognosezeitraum dürfte die Wirtschaft in Reaktion auf den starken, Corona-bedingten Einbruch im laufenden Jahr zunächst relativ stark wachsen und anschließend moderate Wachstumsraten verzeichnen. Insgesamt sollte die Wirtschaft in der Prognoseperiode um durchschnittlich 0,6 % pro Jahr wachsen.

In den Jahren 2015 bis 2019 wuchs die Wirtschaft der **Schweiz** um durchschnittlich 1,7 %. Mit der Aufhebung des Mindestkurses von 1,20 Franken pro Euro durch die Schweizerische Nationalbank zu Beginn des Jahres 2015 und der darauf folgenden Aufwertung der Schweizer Währung veränderten sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich. Insbesondere die Wachstumsaussichten der exportorientierten Unternehmen verschlechterten sich. Die durch den starken Franken beeinträchtigte Konkurrenzfähigkeit wurde aufgrund der soliden Nachfrage aus Europa und den USA etwas gemildert. Nach einem stark negativen Wachstumsbeitrag im Jahr 2015 lieferte der Außenhandel in den folgenden Jahren wieder zum Teil deutlich positive Wachstumsbeiträge. Bis zum Jahr 2018 stieg das Wirtschaftswachstum kontinuierlich und fiel dann im vergangenen Jahr auf ein moderates Wachstumsniveau mit schwachem Konsum und gedämpften Investitionen.

Auch für die Schweizer Wirtschaft ist der gegenwärtige Corona-bedingte Wirtschaftseinbruch prägend für die künftige Entwicklung. Im internationalen Vergleich sollte diese allerdings recht positiv ausfallen, auch gestützt durch die weiterhin starken Chemie- und Pharmaexporte. Die Schweizerische Nationalbank dürfte mit ihren Interventionen am Devisenmarkt dafür verantwortlich sein, dass der Franken im Zuge der Corona-Krise nicht stärker aufgewertet hat. Dagegen wirkt die Schwäche wichtiger Handelspartner dämpfend auf die Exporte. Nach den Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen

deuten einige hochfrequente Daten bereits wieder auf eine leichte Erholung der Wirtschaftsaktivität hin. Insgesamt sollte das Wirtschaftswachstum in den kommenden fünf Jahren durchschnittlich 1,0 % betragen.

Nach einem BIP-Anstieg um 4,1 % in den letzten fünf Jahren dürfte sich das Wirtschaftswachstum in den **NMS-6** (mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören) infolge der schweren Wirtschaftskrise im Jahr 2020 deutlich abschwächen und im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2024 1,6 % betragen. Damit bleibt das Wachstumsdifferenzial gegenüber dem Euroraum bei einem Prozentpunkt und die Konvergenz sollte mit moderatem Tempo weiter fortschreiten. Die steigende Arbeitsproduktivität sowie die damit einhergehende allmähliche Annäherung des Lohnniveaus an den EU-Durchschnitt werden den Aufholprozess unterstützen.

Nach dem Einbruch der Konjunktur im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung der mittel- und osteuropäischen Länder im nächsten Jahr kräftig steigen und in den folgenden Jahren moderat zunehmen. Die treibende Kraft der Wirtschaftsdynamik bleibt in allen Ländern am Anfang des Prognosezeitraums die Inlandsnachfrage. Der öffentliche Konsum und der nach dem Einbruch im laufenden Jahr wieder belebte private Konsum tragen zusammen mit der Umsetzung der mit EU-Mitteln kofinanzierten öffentlichen Investitionsvorhaben das Wachstum. Auch die durch den EU-Aufbaufonds finanzierten neuen Projekte werden die Konjunktur im Prognosezeitraum stützen. Die Auslandsnachfrage dürfte sich im nächsten Jahr erholen. Konjunkturstützend wird neben den in vielen Ländern beschlossenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen für Unternehmen und Haushalte zur Eindämmung der Effekte der Corona-Krise auch die Geldpolitik wirken, die expansiv ausgerichtet bleiben wird.

Mit einer Zunahme der Schuldenquoten im Prognosezeitraum ist in allen Ländern der Region zu rechnen. Die Ausgangssituation ist aber von Land zu Land unterschiedlich. Während die Schuldenquoten in Kroatien, Ungarn und Slowenien vor der Corona-Krise über 65 % des BIP betrugen, lagen sie in Bulgarien, Tschechien und Rumänien mit Werten unter 35 % des BIP auf einem niedrigen Niveau.

Die Automobilindustrie ist mit einem hohen Anteil an der Industrieproduktion und den Exporten ein wichtiger Wirtschaftszweig in allen mittel- und osteuropäischen Ländern. Zurzeit befindet sich aber diese Industrie im Umbruch. Der Umstieg der Produktion auf Elektromobilität, die Digitalisierung und das automatisierte Fahren stellen diese Länder vor große Herausforderungen. Dabei wird es entscheidend sein, den Wandel erfolgreich zu bewältigen und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird in diesem Jahr dem Mangel an Arbeitskräften nur temporär entgegenwirken. Mittelfristig werden sich die Bestrebungen in Richtung

Automatisierung und Digitalisierung, mit neuen Herausforderungen für die Arbeitsmärkte der Region, weiter verstärken.

Nach einem BIP-Anstieg um durchschnittlich 3,7 % in den Jahren 2015 bis 2019 sollte sich die Expansion der Wirtschaftsleistung in **Tschechien** in den Jahren 2020 bis 2024 wegen des starken Einbruchs im heurigen Jahr auf 1,2 % abschwächen. Ab dem nächsten Jahr dürfte die Wirtschaft infolge starker Investitionen und eines robusten Konsumwachstums bei niedriger Arbeitslosigkeit moderat expandieren. Die Schwäche der Automobilindustrie, die jeweils für rund 25 % der tschechischen Industrieproduktion und Exporte verantwortlich ist, dämpft angesichts der exportorientierten tschechischen Industrie das BIP-Wachstum.

In den vergangenen fünf Jahren ist das BIP in **Ungarn** um 4,1 % pro Jahr gestiegen. Infolge einer dynamischen Inlandsnachfrage dürfte das Wirtschaftswachstum im Prognosezeitraum robust bleiben und im Durchschnitt 1,7 % betragen. Die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, die nach dem Wirtschaftseinbruch im laufenden Jahr wieder zunehmen werden, und das Auslaufen der Fiskalimpulse infolge der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen nach der Corona-Krise werden dämpfend wirken.

In **Polen** dürfte sich die BIP-Wirtschaftsrate von 4,2 % der vergangenen fünf Jahre abschwächen und im Jahresdurchschnitt von 2020 bis 2024 voraussichtlich 1,8 % betragen. Die schwächere öffentliche Investitionstätigkeit am Anfang der neuen EU-Förderperiode wird durch umfangreiche Fiskalimpulse abgefedert. Ein Arbeitskräftemangel infolge der demografischen Entwicklung und eines herabgesetzten Pensionsantrittsalters dürfte das Wachstum dämpfen.

Im Fünfjahres-Durchschnitt 2015 bis 2019 ist die Wirtschaftsleistung der **Slowakei** um 3,2 % gestiegen. Im Prognosezeitraum dürfte das BIP mit 0,7 % deutlich langsamer zunehmen. Mit einem Anteil von über 40 % an den Exporten und rund 12 % am BIP ist die Automobilindustrie der wichtigste Industriezweig in der Slowakei. Dabei dämpfen die schwache Auslandsnachfrage und die neuen Entwicklungen in der Automobilindustrie das BIP-Wachstum im Prognosezeitraum.

Für **Slowenien** wird in den Jahren 2020 bis 2024 ein durchschnittliches Wachstum von 1,3 % erwartet, womit eine Verlangsamung gegenüber den letzten fünf Jahren (3,3 %) verzeichnet werden dürfte. Nach dem starken Rückgang im heurigen Jahr dürfte sich die Wirtschaftsleistung in den kommenden Jahren nur langsam erholen. Die verhaltene Auslandsnachfrage, die schwache Automobilindustrie und die nur langsame Belebung des Tourismus dämpfen das BIP-Wachstum.

In den vergangenen fünf Jahren ist das BIP in **Rumänien** um 4,9 % pro Jahr gestiegen. Damit war Rumänien im Durchschnitt der letzten fünf Jahre das osteuropäische EU-Land

mit der höchsten Wachstumsrate. Im Prognosezeitraum dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum auf 1,9 % belaufen. Impulse gehen von den beschlossenen und teilweise in der Umsetzung befindlichen Autobahninvestitionen aus. Dämpfend dürften sowohl der Arbeitskräftemangel als auch die notwendigen fiskalpolitischen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung wirken.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre expandierte das BIP in **Kroatien** um 2,9 %. Nach dem starken Einbruch im heurigen Jahr dürfte sich der Tourismus in den folgenden Jahren langsam erholen und das BIP-Wachstum stützen. Auch die Investitionen, kofinanziert durch EU-Fördermittel, sollten sich dynamisch entwickeln. Insgesamt könnte die Wirtschaft im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2024 um 0,6 % wachsen. Kroatien erfüllt bereits alle Kriterien der wirtschaftlichen Konvergenz und bereitet den Beitritt zum Europäischen Währungsmechanismus WKM II vor, um im Jahr 2023 Teil des Euroraumes zu werden.

Nach einem BIP-Anstieg um 3,6 % im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre dürfte die Wirtschaft in **Bulgarien** im Prognosezeitraum ein Wachstum von 1,4 % pro Jahr verzeichnen. Die Inlandsnachfrage sollte mit einem nach der Pandemie wiederbelebten Tourismus die Konjunktur im Prognosezeitraum stützen. Bulgarien bereitet sich für den Beitritt zum Europäischen Währungsmechanismus WKM II und zum Euroraum vor. Laut dem letzten Konvergenzbericht der Europäischen Kommission sind trotz Fortschritten weitere Bemühungen betreffend die Umsetzung von Strukturreformen und die Erreichung der Preisniveaustabilität für den Beitritt notwendig.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 0,7 % verzeichnet. Im Prognosezeitraum wird die gesamtwirtschaftliche Produktion voraussichtlich mit 0,6 % pro Jahr expandieren. Eine wichtige Wachstumsstütze dürften dabei die Investitionen sein. Die Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas, eine Erhöhung der Rechtssicherheit und die Attrahierung ausländischer Investitionen sollten laut Regierung eine Steigerung der Anlageninvestitionen bis zum Jahr 2024 um mindestens 5 % jährlich bewirken. Zusätzliche Maßnahmen sollen den Anteil der KMU an der Wirtschaftsleistung deutlich erhöhen, durch Deregulierung administrative Hürden reduzieren und die digitalen Innovationen vorantreiben. Darüber hinaus dürfte eine lockere Fiskal- und Geldpolitik das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Trotz der Verlängerung des Abkommens der Staaten der OPEC+, welches eine Gesamtkürzung der Ölförderung vorsieht, wird der Ölpreis wegen der schwachen Nachfrage und sinkender Lagerkapazitäten am Anfang des Prognosezeitraums niedrig bleiben. Daher ist keine deutliche Zunahme der Exportumsätze zu erwarten.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2015–2019	2020–2024
BIP, real		
Deutschland	1,7	0,6
Italien	1,0	0,4
Frankreich	1,6	0,4
Vereinigtes Königreich	1,8	0,6
Schweiz	1,7	1,0
USA	2,4	0,9
Japan	1,0	0,1
China	6,7	4,6
Polen	4,2	1,8
Slowakei	3,2	0,7
Tschechien	3,7	1,2
Ungarn	4,1	1,7
Slowenien	3,3	1,3
MOEL-5 ⁱ	3,9	1,5
Bulgarien	3,6	1,4
Rumänien	4,9	1,9
Kroatien	2,9	0,6
Russland	0,7	0,6
Euroraum	1,9	0,6
NMS-6 ⁱⁱ	4,1	1,6
EU-27 ⁱⁱⁱ	2,2	0,7
OECD	2,3	0,8
Welt	3,5	2,1
Welthandel (Waren laut CPB)	2,2	0,9
Österreichische Exportmärkte	3,7	1,5
USD/EUR Wechselkurs ^{iv}	1,13	1,11
Rohölpreis ^{iv}	57,8	50,7

ⁱ MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱ NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

ⁱⁱⁱ ohne Vereinigtes Königreich

^{iv} absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

4 Die österreichische Außenwirtschaft

Nach einem kräftigen Wachstum verloren die globale Industrieproduktion und der Welthandel seit Ende 2018 zunehmend an Dynamik, nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen von der US-Regierung geführten Handelskonflikte. Im Einklang mit den internationalen Rahmenbedingungen verzeichnete die österreichische Außenwirtschaft ein solides Wachstum. Die realen Exporte i. w. S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 4,0 %, was bei einem Wachstum der Exportmärkte um 3,7 % einem leichten Marktanteilsgewinn entspricht. Die realen Warenexporte nahmen um 3,9 % und die realen Reiseverkehrsexporte um 3,3 % zu.

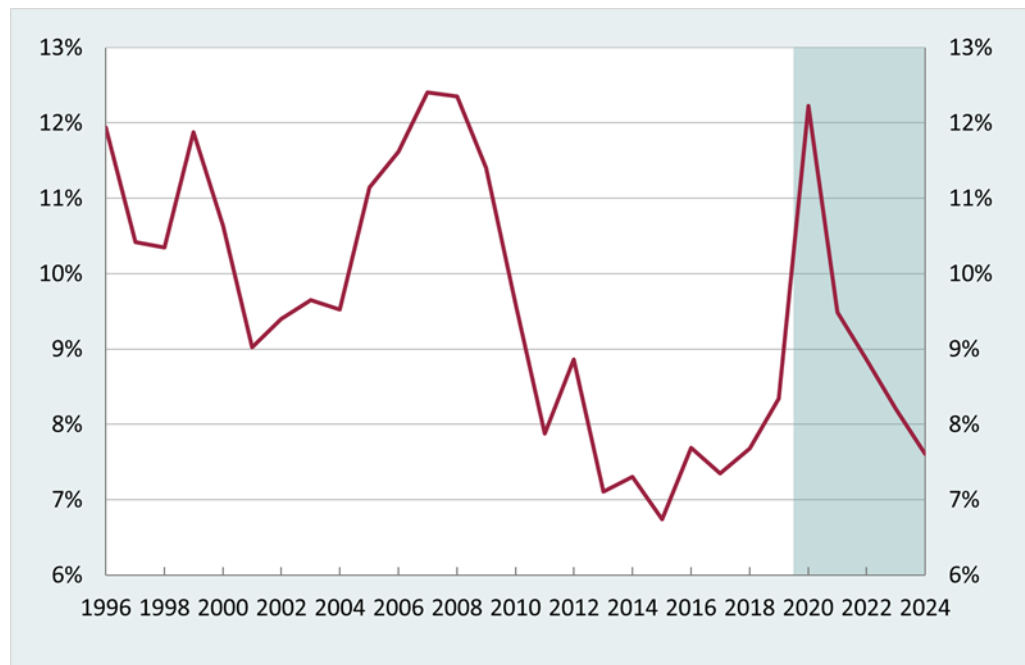
Durch die Rezession im Zuge der COVID-19-Pandemie sollte sich die Außenwirtschaft im Prognosezeitraum schwach entwickeln. Die Eindämmungsmaßnahmen und Grenzsicherungen beeinträchtigten den weltweiten Warentransport, unterbrachen globale Lieferketten und brachten den internationalen Flug- und Reiseverkehr teilweise gänzlich zum Erliegen. Die im Zuge der Rezession gesunkenen Kapazitätsauslastungen und die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie trübten das Investitionsklima. Im laufenden Jahr werden die Exporte, vor allem von Investitionsgütern, die für die österreichische Außenwirtschaft von großer Bedeutung sind, voraussichtlich stark schrumpfen. Nach dem Einbruch im laufenden Jahr wird für nächstes Jahr ein kräftiges Wachstum erwartet, das in den folgenden drei Jahren beständig abflachen wird. Bei den Waren- und Dienstleistungsexporten wird das Vorkrisenniveau im Jahr 2022 überschritten. Die Reiseverkehrsexporte dürften hingegen erst am Ende des Prognosezeitraums das Vorkrisenniveau annähernd wieder erreichen. Der weitere Verlauf der Pandemie stellt das gewichtigste Abwärtsrisiko dar. Ein erneuter Infektionsausbruch gefolgt von Reisebeschränkungen und Grenzsicherungen oder ein langsamerer Erholungsprozess wichtiger Handelspartner würde die außenwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum stark beeinträchtigen. Unsicherheiten bestehen hinsichtlich der Ausgestaltung der zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sowie der Möglichkeit von US-Zöllen auf europäische Produkte der Automobilindustrie.

Im Prognosezeitraum dürfte das Wachstum der österreichischen Exportmärkte 1,5 % und das Wachstum der realen Exporte i. w. S. laut VGR 1,4 % betragen. Die realen Warenexporte dürften durchschnittlich um 1,6 % wachsen, die realen Reiseverkehrsexporte um 0,5 % sinken. Die realen Importe i. w. S. laut VGR werden laut Prognose um durchschnittlich 1,7 % zunehmen, nach einem Anstieg von 3,9 % in den Jahren 2015 bis 2019. Nach einem starken Wachstum von durchschnittlich 4,5 % in den letzten fünf Jahren dürften die realen Reiseverkehrsimporte im Prognosezeitraum stagnieren.

5 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im Prognosezeitraum wachsen die real verfügbaren Einkommen der Haushalte im jährlichen Mittel um 0,9 %. Das ist deutlich weniger als in den fünf Jahren zuvor, in denen die realen Einkommen um 1,4 % zugenommen haben. Der Wert ist natürlich stark von der Corona-Krise 2020 und der darauffolgenden Erholung 2021 beeinflusst. Während der Jahre 2022 bis 2024, in denen eine Rückkehr zur normalen Entwicklung angenommen werden kann, liegt die mittlere Wachstumsrate immerhin bei 1,1 %. Die mittlere jährliche Expansionsrate für den realen **Konsum der privaten Haushalte** übertrifft mit 1,1 % die Wachstumsrate der Einkommen nur wenig. Sie bleibt geringfügig unter dem Vergleichswert aus den fünf Jahren zuvor mit 1,2 %. Im Prognosezeitraum steigt die **Sparquote der Haushalte** zunächst in Reaktion auf den Effekt der Corona-Krise jäh auf den hohen Wert von 12,2 %, dann fällt sie allmählich ab und liegt gegen Ende des Prognosezeitraums sogar unter dem Ausgangswert des Jahres 2019. Im Mittel über den Prognosezeitraum beträgt sie 9,3 %, etwas oberhalb des Niveaus der fünf Jahre zuvor. Das vergleichsweise kleine Aggregat **Eigenkonsum der Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 1,1 % pro Jahr, also parallel zum Konsum der Haushalte.

Abbildung 7: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 7 zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote seit 1996, wobei es sich bei den letzten fünf Werten um Prognosen handelt. Es wird deutlich, dass diese Kenngröße

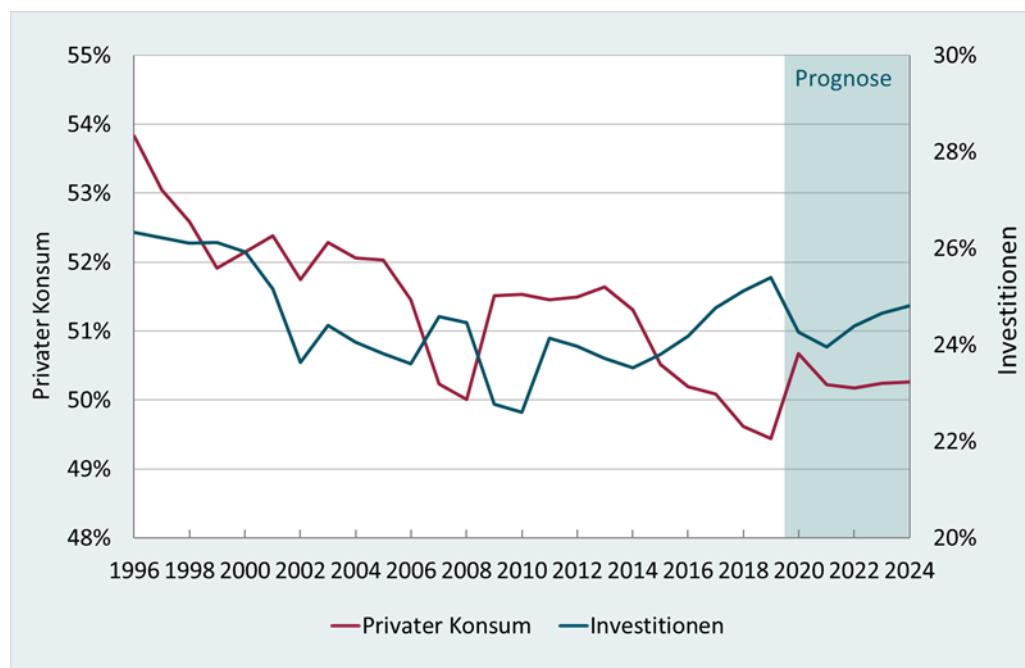
markanten längerfristigen Wellenbewegungen unterliegt. In der Folge der globalen Finanzkrise ist sie stark abgefallen und erlebte ihren Tiefststand mit unter 7 % im Jahr 2015. In der Folge baute sich die Sparquote langsam wieder auf und erreichte im vergangenen Jahr 8,3 %. Die letzte Zeit war also von einem gewissen Konsumverzicht geprägt, die Haushalte schienen sich weniger zu vergönnen, als sie sich hätten leisten können. Im Gegensatz zu dieser freiwilligen Zurückhaltung ist jedoch das Verhalten im Corona-Jahr 2020 weitgehend fremdbestimmt, denn das Konsumieren war in gewissen Kategorien während längerer Perioden innerhalb des laufenden Jahres gar nicht oder nur mit Einschränkungen möglich. Nur ein kleiner Teil der solcherart ausgefallenen Nachfrage kann sofort im Anschluss kompensiert werden, vor allem viele Dienstleistungen wurden permanent eingespart.

Zusätzlich zu diesem durch den Lockdown als Antwort auf die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie den Haushalten auferlegten Zwangssparen wirkten allerdings weitere Effekte. Eine wichtige Entwicklung im laufenden Jahr ist der deutliche Anstieg der Arbeitslosigkeit. Höhere Arbeitslosigkeit und die durch sie verursachte Einkommenseinbuße wirkt dämpfend auf die Haushaltssparquote, denn die Haushalte müssen einen höheren Anteil ihrer Einkünfte heranziehen, um ihren Lebensstandard aufrecht zu erhalten. In die entgegengesetzte Richtung wirkt die häufig genannte Unsicherheit über künftige Entwicklungen, unter anderem auch die Unsicherheit über die Fortsetzung des eigenen Beschäftigungsverhältnisses. Diese Unsicherheit tendiert dazu, die Sparquote zu erhöhen, ein Polster wird gebildet, um den möglichen Einkommensverlusten gegenzusteuern. Die beiden Effekte dürften sich in der gegenwärtigen Phase nahezu aufheben, und auch in der Folge wird der allmähliche Rückgang der Arbeitslosigkeit von einem Rückgang der Unsicherheit begleitet.

Die weitere Entwicklung der österreichischen Haushaltssparquote im Prognosezeitraum ist demnach weniger von der sich allmählich bessernden Situation auf dem Arbeitsmarkt bestimmt als von zwei wesentlichen Determinanten: erstens der Dynamik der verfügbaren Haushaltseinkommen, zweitens deren Aufteilung zwischen Arbeitseinkommen und Gewinneinkommen. Die Dynamik der Haushaltseinkommen bleibt gedämpft, wie bereits beschrieben. Nach 2021 wird es kaum zu Realeinkommenszuwächsen kommen, die merkbar über der 1-Prozent-Marke liegen. Zum Vergleich konnten sich die Haushalte in der Fünfjahres-Phase zuvor zumindest in einzelnen Jahren über Zuwächse von mehr als 2 % freuen und in Reaktion darauf ihre Sparquote aufbauen. Von der Verteilung zwischen Löhnen und Gewinnen gehen ebenfalls nur geringe Impulse auf das Konsumverhalten aus. Im Jahr der Corona-Rezession 2020 brechen die Löhne stärker als die Gewinne ein. In den Folgejahren werden die Lohneinkommen wieder etwas schneller wachsen und damit senkend auf die Sparquote wirken, denn Lohneinkommen sind konsumwirksamer als Gewinne.

Eine fallende Haushaltssparquote bedeutet gleichzeitig einen steigenden Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen. Abbildung 8 zeigt allerdings, dass der Anteil der Konsumnachfrage am gesamten wirtschaftlichen Output im Prognosezeitraum stagniert. Dieser Anteil ist hier zum Vergleich gemeinsam mit dem Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt dargestellt. Sowohl **Konsumquotient** als auch **Investitionsquotient** werden zu laufenden Preisen, also nominell, gemessen. Diese Quotienten gehören historisch zu den sogenannten „großen Quotienten“¹ und werden häufig als langfristig konstante (stationäre) Kennzahlen einer Ökonomie angesehen. In Österreich haben jedenfalls beide Quotienten bis 2010 eher abgenommen, wobei speziell der Konsumquotient einen Rückgang von rund 54 % auf rund 50 % zeigt. Diese gemeinsame relative Abwärtsbewegung der beiden wichtigen Inlandsaggregate widerspiegelt saldenmechanisch die gleichzeitige Verbesserung der Leistungsbilanz. In der Folgezeit scheinen beide Quotienten neue Normalwerte gefunden zu haben. Anders als der Konsumquotient, zeigt der Investitionsquotient im Prognosezeitraum eine steigende Tendenz.

Abbildung 8: Konsum der privaten Haushalte und Bruttoanlageinvestitionen als Anteil am BIP



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, Jahresdaten, ab 2020 Prognose des IHS

¹ Vgl. Klein, L.R., Kosobud, R.F. (1961), Some Econometrics of Growth: Great Ratios of Economics, The Quarterly Journal of Economics, 75(2), S. 173–198; King, R.G., Plosser, C.I., Stock, J.H., Watson, M.W., Stochastic Trends and Economic Fluctuations, American Economic Review, 81, S. 819–840.

Der Zeitraum 2015 bis 2019 war durch ein kräftiges Wachstum der **Anlageinvestitionen** geprägt. Dies betraf zunächst nur die Ausrüstungsinvestitionen, während die Bauinvestitionen erst seit 2017 stark ausgeweitet wurden. Im vergangenen Jahr lief der lange Investitionszyklus aus. Hinsichtlich des Beitrags zum Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sind in Österreich die Bauinvestitionen wichtiger als die Ausrüstungsinvestitionen, weil Ausrüstungsgüter zu einem beträchtlichen Teil importiert werden, während die Bauinvestitionen einen hohen inländischen Wertschöpfungsanteil aufweisen. In angebotsseitiger Betrachtung, also hinsichtlich des Wachstums des Produktionspotenzials, sind hingegen aus zwei Gründen die Ausrüstungsinvestitionen wichtiger. Erstens beinhalten die Bauinvestitionen zu rund 40 % die Errichtung von Wohngebäuden, die für die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft kaum relevant sind. Zweites ist in neuen Ausrüstungsgütern in der Regel technischer Fortschritt gebunden, der ebenfalls das Produktionspotenzial beeinflusst.

Die Unternehmensinvestitionen hängen wesentlich von erwarteten Änderungen der in- und ausländischen Nachfrage ab. Darüber hinaus stellen die Finanzierungsbedingungen einen wichtigen Einflussfaktor dar. Hier sind die langfristigen Realzinsen ebenso relevant wie die Gewinn- und Liquiditätssituation. Die Gewinnentwicklung beeinflusst nicht nur die Möglichkeiten der Innenfinanzierung von Investitionsprojekten, sondern auch den Zugang zu Bankkrediten und die Kreditkonditionen. Zudem zeigen empirische Untersuchungen, dass Unsicherheit abträglich für die Investitionsneigung der Unternehmen ist.

Der Wohnbau wird von der Bevölkerungsentwicklung, den verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte und den Finanzierungsbedingungen beeinflusst. Die Mietkosten dürften ebenfalls den Wohnbau beeinflussen, denn steigende Mieten bieten Anreize für Investitionen in Wohneigentum. Steigende Baukosten dürften hingegen die Wohnbautätigkeit bremsen. Der öffentliche Bau wird wesentlich von der Finanzlage der Gebietskörperschaften beeinflusst.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen) sind im Zeitraum 2015 bis 2019 durchschnittlich um 4,6 % pro Jahr gestiegen. Dabei wurde pro Jahr durchschnittlich um 5,7 % mehr in Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie, um 3,8 % in sonstige Maschinen und Geräte und um 3,4 % in geistiges Eigentum investiert. Die Anschaffungen von Fahrzeugen wurden im Durchschnitt um 8,5 % pro Jahr ausgeweitet. Die Fahrzeuginvestitionen weisen starke Schwankungen zwischen den Jahren auf, was unter anderem mit den steuerlichen Rahmenbedingungen zusammenhängt. So wurde bei der Besteuerung von Firmenwagen in den vergangenen Jahren schrittweise der Schadstoffausstoß stärker berücksichtigt. Nach einem leichten Rückgang der Fahrzeuginvestitionen im Jahr 2015 wurden diese in

den Jahren 2016 und 2017 um rund 24 % bzw. 16 % ausgeweitet, bevor sie im Jahr 2018 wieder sanken und im Jahr 2019 um 7,5 % gesteigert wurden.

Im Verlauf des Jahres 2019 schwächte sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen im Einklang mit der nachlassenden globalen Konjunktur ab. Im Jahr 2020 dürfte die COVID-19-Pandemie zu einem Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen um 12,5 % führen, gefolgt von einem Wachstum um 6,5 % im kommenden Jahr. Anschließend sollte sich das Wachstum im Einklang mit der Konjunktur allmählich normalisieren, wobei einige Faktoren die Investitionstätigkeit auch in der mittleren Frist beeinträchtigen dürften. Nach den Schätzungen des Instituts werden die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten bis zum Ende des Prognosezeitraums unterausgelastet bleiben (siehe Kapitel 2). Auch die im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie äußerst große Unsicherheit dürfte sich nur allmählich zurückbilden und somit die Investitionen noch länger beeinträchtigen. Gestützt wird die Sachkapitalbildung durch die erwartete Belebung der Nachfrage und die weiterhin sehr niedrigen Finanzierungskosten. Andererseits dürfte die Pandemie die Liquidität und die Solvenz vieler Unternehmen negativ beeinflussen, was das Wachstum der Investitionen bremst. Sollte dagegen die Pandemie der Digitalisierung einen Schub verleihen, würden davon auch die Ausrüstungsinvestitionen profitieren. Alles in allem erwartet das Institut, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum 2020 bis 2024 um 0,7 % pro Jahr ausgeweitet werden.

Investitionsgüter werden global gehandelt und unterliegen daher einem ausgeprägten internationalen Wettbewerb. Dies trägt dazu bei, den Preisanstieg zu begrenzen. Der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen stieg im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 1,1 % pro Jahr. Der Nachfrageeinbruch und der Rückgang der Rohstoffpreise im Zuge der COVID-19-Pandemie dürften den Anstieg der Investitionsgüterpreise im Jahr 2020 auf 0,7 % drücken. Anschließend dürfte sich der Preisauftrieb mit der Konjunkturerholung und der damit einhergehenden Zunahme der Nachfrage nach Rohstoffen leicht auf 1,1 % bis 1,3 % pro Jahr beschleunigen. Dabei wird von einem stabilen Euro-Dollar-Wechselkurs ausgegangen. Für den Zeitraum 2020 bis 2024 ergibt sich mit 1,1 % pro Jahr die gleiche durchschnittliche Zunahme wie in den vergangenen fünf Jahren.

Nachdem sich die **realen Bauinvestitionen** in den Jahren 2015 und 2016, wie bereits in den beiden Jahren davor, nur schwach entwickelt hatten, war der Zeitraum 2017 bis 2019 durch ein kräftiges Wachstum der Bauinvestitionen gekennzeichnet. Im Zeitraum 2015 bis 2019 wurden die Wohnbauinvestitionen um 3,0 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 1,3 % pro Jahr ausgeweitet, woraus sich für die gesamten Bauinvestitionen eine durchschnittliche Wachstumsrate von 2,0 % ergibt. Der Wohnbau wurde von der starken Zuwanderung, den niedrigen Finanzierungskosten und steigenden Immobilienpreisen angeregt. In Österreich insgesamt zogen die

Immobilienpreise im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 5,2 % pro Jahr an, darunter in Wien um 3,5 % und außerhalb Wiens um 6,0 %.

Die COVID-19-Pandemie trifft die Bauinvestitionen deutlich weniger stark als die Ausrüstungsinvestitionen. Dennoch dürften die realen Bauinvestitionen im Jahr 2020 um 2,5 % sinken. Ab dem kommenden Jahr sollten die Bauinvestitionen wieder wachsen. Da für 2020 kein starker Einbruch erwartet wird, dürfte auch die Erholung im Jahr 2021 mit 1,5 % eher verhalten ausfallen. Im Verlauf des Jahres 2022 sollte dann das Niveau der Bauinvestitionen aus dem Jahr 2019 wieder erreicht werden. Der Wohnbau profitiert weiterhin von der Zuwanderung, auch wenn diese deutlich geringer sein dürfte als zu Beginn des zurückliegenden Fünfjahreszeitraums. Auch die Trends zu kleineren Haushaltsgrößen und zu mehr Wohnfläche pro Person dürften anhalten. Zudem bleiben die Zinsen niedrig. Gebremst wird die Wohnbautätigkeit durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Einbußen der privaten Haushalte bei den Realeinkommen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise. Die Immobilienpreise dürften weiterhin merklich steigen, auch wenn sich zuletzt eine Beruhigung beim Preisauftrieb abzeichnete. Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften im Einklang mit der Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2020 einbrechen und sich anschließend beleben. Die Erholung wird aber dadurch gebremst, dass die Renditen etwa von Immobilien in besonders von der Pandemie betroffenen Wirtschaftsbereichen wie dem Tourismus sinken und somit die Investitionsbereitschaft gebremst wird. Auch könnte die Pandemie mittelfristig das Arbeiten von Zuhause fördern, was entsprechend den Bedarf an neuen Büro- und Geschäftsgebäuden dämpfen würde. Der öffentliche Bau gerät durch den massiven Einbruch der öffentlichen Einnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie unter Druck. Der starke Anstieg der öffentlichen Verschuldung erfordert mittelfristig eine Budgetkonsolidierung. Allerdings sieht das Regierungsprogramm verstärkte Investitionen in den Bereichen Digitalisierung und Klimaschutz vor, und die Bundesregierung plant, sich an der Finanzierung der kommunalen Investitionen zu beteiligen, um den negativen Einfluss des Einnahmeeinbruchs der Gemeinden auf deren Investitionen abzufedern. Alles in allem erwartet das Institut für den Zeitraum 2020 bis 2024 ein Wachstum der Bauinvestitionen um durchschnittlich 0,7 % pro Jahr.

Die Baupreise werden von den Lohnkosten sowie den Kosten der im Baubereich verwendeten Materialien und deren Grundstoffe wie Eisen, Stahl und Erdöl beeinflusst. Mit der starken Baukonjunktur sind in den vergangenen Jahren die Beschäftigung und damit einhergehend die Lohnkosten recht kräftig gestiegen. Zudem hat die zunehmende Nachfrage die Preise für Baumaterialien anziehen lassen, vor allem in den vergangenen beiden Jahren. Im Ergebnis stiegen im Zeitraum 2015 bis 2019 die Preise im Hochbau um 2,7 %, im Tiefbau um 1,1 % und im Bau insgesamt um 2,0 % pro Jahr. Der Deflator der Bauinvestitionen erhöhte sich um 2,4 % pro Jahr. Für das Jahr 2020 wird eine deutliche

Abschwächung des Preisauftriebs erwartet, vor allem aufgrund des Einbruchs der Preise für Erdöl und andere Rohstoffe. Ab dem kommenden Jahr dürften die Preise im Baubereich wieder beschleunigt zulegen, wobei die gestiegene Arbeitslosigkeit wohl den Lohnzuwachs bremsen wird. Der Preisindex der Bauinvestitionen dürfte bis 2024 um 1,9 % pro Jahr steigen.

Die gesamten **realen Bruttoanlageinvestitionen**, also die Summe aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, sind in den vergangenen fünf Jahren um 3,4 % pro Jahr gestiegen. Die Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen impliziert für die Anlageinvestitionen bis 2024 eine Abschwächung des Wachstums auf 0,7 % pro Jahr. Die Investitionsquote, also der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen Bruttoinlandsprodukt, hat sich in den vergangenen fünf Jahren von 22,7 % auf 24,3 % erhöht. Da die Investitionen im Jahr 2020 krisenbedingt deutlich stärker einbrechen als das Bruttoinlandsprodukt und die Erholung im kommenden Jahr vor allem bei den Bauinvestitionen schwächer ausfallen dürfte, wird die Investitionsquote wohl auf 23,7 % im Jahr 2021 sinken. Für den weiteren Prognosezeitraum ist dann ein Anstieg auf 24,1 % im Jahr 2024 zu erwarten. Die Lagerbestandsveränderungen haben in den vergangenen fünf Jahren leicht positiv zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Die gesamten **realen Bruttoinvestitionen**, also die Summe aus Anlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen, wurden im Zeitraum 2015 bis 2019 um 3,5 % pro Jahr und damit marginal stärker als die Anlageinvestitionen ausgeweitet. Im Prognosezeitraum sollte das Wachstum der Bruttoinvestitionen 0,4 % pro Jahr erreichen.

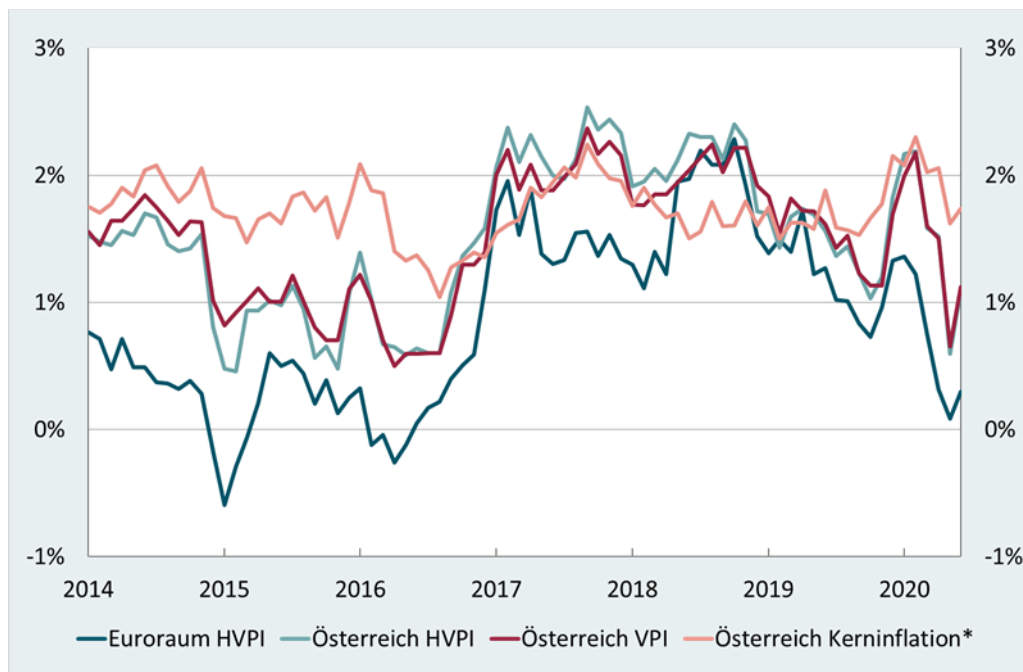
Die Lage der **öffentlichen Haushalte** wird im Zeitraum 2020 bis 2024 von der COVID-19-Pandemie bestimmt. Das gesundheitspolitisch notwendige Herunterfahren der österreichischen Volkswirtschaft und die Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur belasten die öffentlichen Haushalte gegenwärtig massiv. Das Institut erwartet daher für das Jahr 2020 ein Defizit nach Maastricht von 11,5 % des BIP und für 2021 ein Defizit von 4,0 % des BIP. Bis zum Ende des Prognosezeitraums dürfte das Defizit schrittweise auf 2,0 % des BIP sinken.

Das Rekorddefizit des Jahres 2020 ergibt sich aus einem starken Rückgang der staatlichen Einnahmen bei gleichzeitiger Notwendigkeit einer stark expansiven Fiskalpolitik zur Abfederung der wirtschaftlichen Pandemieauswirkungen. Die Folgen dieser Politik, und somit die zu erwartenden Haushaltsdefizite, sind mit einer sehr hohen Unsicherheit behaftet. Dies gilt aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung für die Staatseinnahmen ebenso wie für die Staatsausgaben, welche insbesondere hinsichtlich des Schlagendwerdens von Garantien und Haftungen Unsicherheiten aufweisen. Die Reduktion der Defizite wird im Wesentlichen durch das Wiedererstarken des Wirtschaftswachstums nach der Überwindung der Pandemie getragen sein. Stützend wirkt das äußerst günstige Zinsniveau, welches in Verbindung mit der Inflation

auch die Pandemie-bedingt hohe Schuldenlast tragfähig halten wird. Fiskalische Konsolidierungsbemühungen sollten zielgerichtet und nach Maßgabe einer Stützung des Wirtschaftswachstums ergänzend eingesetzt werden.

Im Zeitraum 2015 bis 2019 sind die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** pro Jahr um durchschnittlich 2,2 % gestiegen. Unter Berücksichtigung der für die Haushalte relevanten Preissteigerungen (Konsumdeflator) von 1,7 % pro Jahr ergibt sich eine Zunahme der realen Bruttolöhne von 0,5 %, was etwas über dem Anstieg der Arbeitsproduktivität von 0,2 % liegt. Die Arbeitsproduktivität dürfte im Jahr 2020 um 4,9 % zurückgehen, da aufgrund des Wirtschaftseinbruchs die Wertschöpfung stark zurückgeht, die Maßnahmen der Bundesregierung aber einem ähnlich starken Beschäftigungsrückgang entgegenwirken. Nächstes Jahr folgt die Gegenbewegung mit einer Zunahme der Arbeitsproduktivität von 4,3 %; in den darauffolgenden Jahren wird sich das Wachstum bei knapp 1 % einpendeln. Im Schnitt dürfte die Arbeitsproduktivität im Prognosezeitraum um 0,3 % steigen, was in etwa dem Anstieg der Reallöhne (0,2 %) entspricht. Die Effektivlöhne werden voraussichtlich um durchschnittlich knapp 2 % pro Jahr zulegen.

Abbildung 9: Inflation in Österreich und im Euroraum



*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich

Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Die **Inflation** der vergangenen fünf Jahre (gemessen am Anstieg des VPI) betrug 1,5 %. Dabei unterlagen die Bereiche Energie und Lebensmittel größeren Preisschwankungen als jene der Dienstleistungen und Industriegüter (Kerninflation). So hatte eine

veränderte Angebotspolitik der OPEC-Länder zur Folge, dass die Ölpreise einbrachen und die Inflationsraten für 2015 und 2016 deutlich schwächer ausfielen. In den Jahren 2017 und 2018 erhöhte sich der Preisdruck in den Bereichen Energie und Lebensmittel, was die Inflation wieder leicht über die 2-Prozent-Marke anhub; im Jahr 2019 fiel sie wieder auf 1,5 % zurück. Die Dienstleistungspreise hingegen stiegen kontinuierlich an und trugen nahezu konstant pro Jahr jeweils einen Prozentpunkt zur Inflation in Österreich bei. Der Preisdruck ging dabei insbesondere von den Bereichen Hotellerie und Gastronomie sowie Wohnungsmieten aus.

In der ersten Hälfte des laufenden Jahres führten ausbleibende Produktionskürzungen der OPEC+-Länder sowie das Herunterfahren weiter Teile der Weltwirtschaft zu einem äußerst niedrigen Ölpreis. Dies dämpfte den Preisauftrieb in Österreich merklich. Die Prognose der Inflationsrate ist aufgrund der Corona-Krise mit großer Unsicherheit behaftet. Grundsätzlich wirkt eine Rezession preisdämpfend. Allerdings ist der gegenwärtige Wirtschaftseinbruch atypisch. So könnte aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen nicht nur die Nachfrage, sondern auch das Angebot in manchen Bereichen eingeschränkt werden. Höhere Kosten wie etwa aufgrund strengerer Hygienevorschriften dürften an die Haushalte weitergegeben werden. Nachhaltige Störungen internationaler Lieferketten könnten zu Knappheiten führen. Unternehmer könnten versuchen, Umsatzeinbußen aus der Zeit des Lockdowns wettzumachen, indem sie die Preise nicht wie in einer typischen Rezession senken. Preisdämpfende Effekte der Mehrwertsteuersenkungen in Österreich sind nicht zu erwarten. Das Institut geht für das laufende und das nächste Jahr von Inflationsraten von rund 1 % aus. In den Folgejahren wird die Teuerung voraussichtlich wieder auf gut 2 % zulegen. Dabei sollten von den Energie- und Rohstoffpreisen sowie von den Lohnstückkosten nur moderate Preiseffekte ausgehen. Allerdings dürften Maßnahmen zum Klimaschutz (z.B. CO₂-Besteuerung) inflationserhöhend wirken.

In den vergangenen fünf Jahren haben sich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit günstig entwickelt. Durch den Lockdown hat sich die **Arbeitsmarktsituation** jedoch dramatisch verschlechtert. In den Monaten März und April ist die Zahl der Arbeitslosen massiv angestiegen und die Beschäftigung ist eingebrochen. Ohne die Corona-Kurzarbeit wäre die Arbeitsmarktlage wohl noch deutlich schlechter ausgefallen. Aufgrund der wieder zunehmenden wirtschaftlichen Aktivität hat sich der Arbeitsmarkt in den letzten Monaten wieder etwas stabilisiert. Die Erholung verläuft aber schleppend und die Krise wird voraussichtlich noch lange nachwirken. Das Institut geht davon aus, dass die Arbeitslosenquote ausgehend von 10 ¼ % im laufenden Jahr bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 8 % sinkt. Durch eine merkliche Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik könnten potenzielle Hysteresis-Effekte am Arbeitsmarkt bekämpft werden.

Im Zeitraum 2015 bis 2019 hat die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** um durchschnittlich $1\frac{3}{4}\%$ pro Jahr zugelegt. Der Lockdown hat die positive Beschäftigungsdynamik schlagartig beendet. Ende März wurde der stärkste Beschäftigungseinbruch seit den 1950er Jahren (–187.000 Personen bzw. –5 % gegenüber dem Vorjahr) verzeichnet. In den folgenden Monaten hat sich die Lage geringfügig entspannt, wozu die Corona-Kurzarbeit wesentlich beigetragen hat. Mit der wirtschaftlichen Erholung sollte auch die Beschäftigungsdynamik wieder etwas anziehen. Für den Jahresdurchschnitt 2020 wird mit einem Beschäftigungsrückgang um $2\frac{1}{2}\%$ gerechnet. Aufgrund der besseren Konjunktur dürfte die Beschäftigung in den kommenden Jahren wieder merklich an Fahrt gewinnen. Für den gesamten Prognosezeitraum wird somit ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von knapp $\frac{1}{2}\%$ erwartet.

Die Corona-Krise manifestiert sich in einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit. Beginnend mit 16. März stieg die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** binnen 14 Tagen von 330.000 auf 499.000 und erreichte Mitte April mit 534.000 Personen ihren Höchststand. Aufgrund der verbesserten Konjunkturlage und der zunehmend geringer werdenden COVID-19-bedingten Einschränkungen sinkt die Arbeitslosenzahl seither. Der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte aber weiterhin nur langsam erfolgen, sodass das Institut für den Jahresdurchschnitt 2020 einen Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen um 40 % auf 422.000 Personen erwartet. Mit der doch recht kräftigen Wirtschaftsdynamik in den kommenden beiden Jahren sollten die Arbeitslosenzahlen wieder merklich zurückgehen. Allerdings dürfte der Arbeitslosenbestand selbst am Ende des Prognosezeitraums mit 335.000 Personen immer noch deutlich über dem Vorkrisenwert (300.000 im Jahr 2019) liegen.

Laut Prognose klettert die Arbeitslosenquote (nationale Definition) in diesem Jahr um $2\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf $10\frac{1}{4}\%$. Mit der Konjunkturerholung und dem Wegfall der Corona-bedingten Einschränkungen könnte die Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2024 auf 8 % zurückgehen. Ausgehend von $4\frac{1}{2}\%$ im Jahr 2019 sollte die Arbeitslosenquote laut Eurostat auf $5\frac{3}{4}\%$ ansteigen und am Ende des Prognosezeitraums 5 % betragen. Es ist anzumerken, dass die Resultate der Arbeitsmarktprognoze mit großer Unsicherheit behaftet sind. Aufgrund des Charakters und der Tiefe des Wirtschaftseinbruchs kann nicht auf historische Erfahrungen zurückgegriffen werden. In der Rezession 2009 stieg die Arbeitslosigkeit langsam und ging rascher wieder zurück. In der darauffolgenden Stagnationsphase stieg die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2015 aber auf 9 %. Ohne den verstärkten Einsatz von Mitteln der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie von staatlichen Maßnahmen zur Verbilligung des Faktors Arbeit ist zu befürchten, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit deutlich geringer ausfällt.

Internationale Erfahrungen zeigen, dass staatlich geförderte Kurzarbeit die Beschäftigungsverluste in der Rezession verringert. Die Corona-Kurzarbeit hat den

Beschäftigungsabbau in Österreich deutlich gebremst. Im Vergleich mit den Jahren 2009/10 und anderen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik sind aber die veranschlagten Kosten sehr hoch. Vorteilhaft wäre es, die Kurzarbeit mit Weiterbildungsaktivitäten zu kombinieren, was allfällige Mitnahmeeffekte senken dürfte. Zu beachten ist auch, dass die Kurzarbeit strukturkonservierend wirken kann. Vor diesem Hintergrund wäre hinsichtlich einer Verlängerung ein Modell mit niedrigerer Ersatzrate, höherer Mindestbeschäftigung, kürzerem Durchrechnungszeitraum und nur teilweiser Finanzierung des Arbeitszeitausfalls zu überlegen.

Weiters sind verstärkte Qualifizierungsanstrengungen notwendig, um durch die Krise verursachte Humankapitalverluste zu kompensieren und dem Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Mit dem Anziehen der Beschäftigungsnachfrage sind zusätzliche Vermittlungsanstrengungen des Arbeitsmarktservice erforderlich, um den Abbau der Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Als Folge des Beschäftigungseinbruchs ist der qualifikatorische Mis-Match, also das Auseinanderklaffen der von der Wirtschaft nachgefragten und von den Arbeitslosen angebotenen Kompetenzen, temporär in den Hintergrund getreten. Eine durch die Krise verursachte Dequalifizierung der Arbeitslosen könnte aber zu einer Verschärfung des Problems führen. Die Alterung der Gesellschaft wird den Fachkräftemangel wohl verstärken. Der rasche technologische Wandel bringt bedeutende Herausforderungen mit sich. Beispielsweise sollten Maßnahmen zur Stärkung der digitalen Kompetenzen für Problemgruppen des Arbeitsmarkts angedacht werden. Notwendig erscheint darüber hinaus eine Stärkung der Präventionskomponente bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Reformen in der Bildungspolitik sind in diesem Zusammenhang unbedingt erforderlich.

6 Monetäre Prognose

Zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie kam es in den vergangenen Monaten weltweit zu Leitzinssenkungen, sofern der Zinssatz nicht schon zuvor bei bzw. unter null gelegen war, sowie zur Ausweitung von Wertpapier-Ankaufprogrammen. So liegt der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum weiterhin bei 0 %, im Vereinigten Königreich und in den USA wurden die Leitzinsen gesenkt und betragen nun 0,1 % bzw. 0 % bis 0,25 % (Zielband). In der Schweiz und in Japan liegen die Zinsen nach wie vor im negativen Bereich, und zwar bei –0,75 % bzw. –0,1 %.

Tabelle 4: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2015	0,05	0,25–0,5	0,5	–0,75	0,1
Ende 2016	0	0,5–0,75	0,25	–0,75	–0,1
Ende 2017	0	1,25–1,5	0,5	–0,75	–0,1
Ende 2018	0	2,25–2,5	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2019	0	1,5–1,75	0,75	–0,75	–0,1
Durchschnitt 2015–2019	0,01	1,08	0,51	–0,75	–0,06
20.7.2020	0	0–0,25	0,1	–0,75	–0,1

Zur Ermittlung der durchschnittlichen Leitzinssätze werden für den US-Dollar die mittleren Zinssätze bzw. ein Wert von 0,1 % für den Zielsatz „nahe bei Null“ (0–0,25 %) verwendet, für den Schweizer Franken die angestrebten (mittleren) Zielsätze. Seit Juni 2019 ersetzt der SNB-Leitzins das zuvor gültige Zielband um den Dreimonats-Libor. Für die Jahre vor 2019 werden bei den Leitzinsen der Schweizerischen Nationalbank die mittleren Sätze des damals gültigen Zielbandes angegeben.

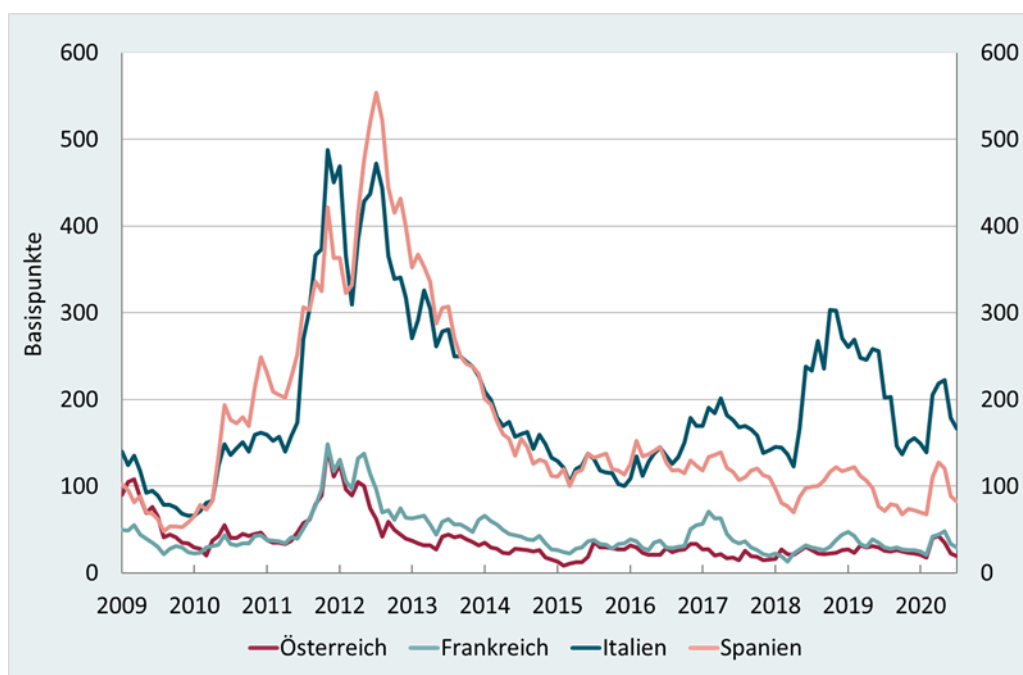
Quelle: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Zusammen mit der Rücknahme des Zinssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte in den vergangenen Jahren wurden im Euroraum auch die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität gesenkt. Seit Mitte 2014 befindet sich der Einlagesatz im negativen Bereich, seit Herbst 2019 beträgt er –0,5 %. Banken müssen also dafür bezahlen, wenn sie Geld (über die Mindestreserve hinaus) bei der EZB anlegen. Im September 2019 wurde allerdings auch ein zweistufiges System zur Verzinsung der Reserveguthaben eingeführt, bei dem ein Teil vom negativen Einlagezinssatz befreit ist. Zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie hat die EZB ihr Ankaufprogramm deutlich ausgeweitet. Im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (*Pandemic Emergency Purchase Programme*, PEPP) wurde zunächst ein Ankaufvolumen von 750 Mrd. Euro beschlossen, das im Juni auf 1350 Mrd. Euro aufgestockt wurde.

Dieses Volumen kann bis Juni 2021 gekauft werden. Daneben läuft das herkömmliche Programm zum Ankauf von Vermögenswerten mit einem Volumen von monatlich 20 Mrd. Euro und zusätzlich 120 Mrd. Euro bis Ende des Jahres weiter. Insgesamt hat die EZB seit Beginn des Ankaufprogramms (inklusive PEPP) Wertpapiere im Wert von rund 3,3 Billionen Euro erworben. Des Weiteren hat die EZB die Konditionen für längerfristige Refinanzierungsgeschäfte immer wieder vergünstigt, insbesondere durch geringere Zinssätze, um die Kreditvergabe von Banken zu stimulieren. Bezüglich künftiger Zinsentscheidungen kommuniziert die EZB weiterhin, dass die Leitzinsen solange nicht angehoben werden, bis sich die Inflationsaussichten dem Inflationsziel von knapp unter 2 % nähern und sich dies auch in der zugrundeliegenden Inflationsdynamik widerspiegelt. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2020 belief sich die Inflation im Euroraum auf 0,7 % und lag damit deutlich unter dem Inflationsziel der EZB. Das Institut geht nicht von einer deutlich steigenden Inflation aus (durchschnittlich 1,4 % in der Prognoseperiode) und erwartet weiterhin eine nur langsame Rückführung der geldpolitischen Sondermaßnahmen der EZB. Damit sollten die Leitzinsen im Euroraum auf ihren gegenwärtig niedrigen Niveaus verharren.

Die geldpolitischen Maßnahmen der EZB in den vergangenen Jahren haben zu hoher Liquidität auf den Geldmärkten geführt. Dies zeigt sich etwa in den niedrigen Euro-Geldmarktsätzen. Der Satz mit einer Fristigkeit von drei Monaten notiert nun bereits seit April 2015 im negativen Bereich und wurde zuletzt zu –0,4 % gehandelt. Im Durchschnitt 2015 bis 2019 betrug der Zinssatz –0,3 %. Vor dem Hintergrund der weiter andauernden expansiven Geldpolitik im Euroraum erwartet das Institut nur marginal steigende Geldmarktzinsen und für den Prognosezeitraum einen durchschnittlichen 3-Monats-Euribor von –0,3 %.

Auch an den Rentenmärkten sind die Auswirkungen der Geldpolitik der EZB zu bemerken, die Renditen in vielen Euroraum-Ländern sind nach wie vor außerordentlich niedrig, zum Teil sogar negativ. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen in den vergangenen fünf Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0,5 % auf, in der ersten Jahreshälfte 2020 rentierten sie bei –0,1 %. Deutsche Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen eine noch niedrigere Rendite auf (–0,4 % im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2020). Auch die 10-jährigen Staatsanleihen von Belgien, Finnland, Frankreich, Irland und den Niederlanden rentieren gegenwärtig im negativen Bereich. Vor dem Hintergrund der Geldpolitik der EZB und der schwachen Konjunkturentwicklung geht das Institut von einem sehr langsamen Anstieg der langfristigen Renditen aus. Für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wird für den Prognosezeitraum eine durchschnittliche Rendite von 0,1 % prognostiziert.

Abbildung 10: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland

Quelle: Refinitiv Datastream

Deutsche Bundesanleihen gelten als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) der besonders stark von der COVID-19-Pandemie betroffenen Staaten haben sich im ersten Quartal in Erwartung steigender Staatsschulden ausgeweitet, sind aber als Reaktion auf die Ankündigung der EZB-Notfallprogramme wieder gesunken (siehe Abbildung 10).

Tabelle 5: Zinsen und Renditen

	3-Monats-Euribor ⁱ	10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ
2020	–0,4	–0,1
2021	–0,4	0,1
2022	–0,4	0,1
2023	–0,3	0,2
2024	–0,2	0,3

ⁱWerte in Prozent

Quelle: Prognose des IHS

7 Alternativszenarien der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in Österreich

Der durch die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Eindämmungsmaßnahmen verursachte Wirtschaftseinbruch stellt ein bisher nie dagewesenes Ereignis dar. Diese historische Einmaligkeit bringt eine große Herausforderung für die Erstellung von Prognosen der künftigen Wirtschaftsentwicklung mit sich, denn Prognosen basieren auf Erfahrungen und Verhaltensmustern aus der Vergangenheit. Darüber hinaus hängt die künftige wirtschaftliche Entwicklung wesentlich vom Verlauf der Pandemie ab. Wie sich die Infektionszahlen während der Sommermonate und insbesondere im kommenden Herbst und Winter entwickeln und ob es dann zu einem neuerlichen landesweiten Lockdown kommt oder ob in den kommenden Monaten immer wieder regionale oder lokale Einschränkungen des öffentlichen Lebens notwendig werden, lässt sich gegenwärtig kaum voraussehen. Zudem liegen bisher nur wenige Daten zur Produktion während der intensiven Lockdown-Phase im April und im Gefolge der Lockerungen im Mai und Juni vor, sodass auch die Einschätzung des Wirtschaftseinbruchs im zweiten Quartal mit Unsicherheit behaftet ist. Sollten die vorliegenden Schätzungen für die Vergangenheit mit dem Eintreffen neuer statistischer Daten revidiert werden, könnte dies den Tiefpunkt der Wirtschaftsentwicklung und damit den Startpunkt der Erholung beeinflussen. Zudem würde sich damit die Basis für die Abschätzung möglicher wirtschaftlicher Einbußen bei einem eventuellen neuerlichen Lockdown ändern.

Um der hohen Unsicherheit Rechnung zu tragen, haben internationale und supranationale Organisation wie die OECD, die Europäische Kommission und das Eurosystem (die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken der Euroraum-Mitgliedstaaten) in ihren Projektionen jeweils mehrere Szenarien der Wirtschaftsentwicklung erstellt, basierend auf unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich des epidemiologischen Verlaufs. Auch in diesem Kapitel der Mittelfristprognose hat das Institut auf eine solche Szenarientechnik zurückgegriffen. Der im Hauptteil der Prognose ausführlich beschriebenen Basisvariante werden drei alternative Szenarien gegenübergestellt. Da die Pandemie auch die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft in den kommenden Jahren beeinflussen kann, wurde für das in Kapitel 2 beschriebene Produktionspotenzial ein Negativszenario entwickelt. Im Folgenden werden zunächst als Grundlagen der Szenarien die Kanäle dargelegt, über die die Pandemie die Wirtschaftstätigkeit beeinflusst. Daran anschließend werden die Szenarien für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und des Produktionspotenzials beschrieben.

7.1 Grundlagen der Szenarien

Die Pandemie und die Eindämmungsmaßnahmen stellen aus makroökonomischer Sicht kombinierte Angebots- und Nachfrageschocks dar. Eine Einschränkung des Angebots resultiert in erster Linie während des Lockdowns, da in diesem Zeitraum die behördlich geschlossenen Einzelhandelsgeschäfte, Tourismusbetriebe, Restaurants und Kulturbetriebe kein Angebot bereitstellen können. Angebotsseitige Einschränkungen resultieren zudem aus Unterbrechungen der globalen Lieferketten. Diese Unterbrechungen treten insbesondere dann auf, wenn die Produktion von einem einzigen Lieferanten von Vorprodukten abhängt und dieser die Produktion einstellen muss, oder wenn ein Unternehmen zwar von mehreren Lieferanten Vorprodukte beziehen kann, diese aber in derselben Region liegen und es dort zu einem Lockdown kommt. Im März und April 2020 kam es, auch infolge von Grenzschießungen und temporären Ausfuhrbeschränkungen bei bestimmten Produkten, zu Unterbrechungen der Lieferketten. Die Grenzschießungen zielten zwar auf den Personenverkehr ab, aber die Grenzkontrollen führten auch zu Staus und Wartezeiten beim Güterverkehr, was vor allem die Just-in-time-Produktion beeinträchtigte. Grenzschießungen für den Personenverkehr haben auch Auswirkungen auf jene Branchen, deren Belegschaft zu einem großen Teil aus Pendlern aus dem Ausland besteht. Schließlich treten Angebotsbeschränkungen auch dann auf, wenn Mitarbeiter im Krankenstand oder in häuslicher Quarantäne sind und aufgrund der Tätigkeit oder anderer Restriktionen keine Möglichkeit haben, von zu Hause aus zu arbeiten. Auch Kinderbetreuungspflichten wegen geschlossener Schulen und Kindergärten können die Arbeitsproduktivität beeinträchtigen und somit das Angebot negativ beeinflussen.

Negative Nachfrageeffekte resultieren aus dem Lockdown und den dadurch eingeschränkten Konsummöglichkeiten. Zudem reduziert die steigende Arbeitslosigkeit das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, was vor allem die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern beeinflusst. Wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die starke Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und die Gewährung von Transferzahlungen an die privaten Haushalte federn den Einkommensrückgang zwar ab, können ihn aber nicht gänzlich ausgleichen. Zudem kann es dazu kommen, dass private Haushalte aus Sorge um den Arbeitsplatz ihren Konsum einschränken. Auch wenn ein solches Vorsichtssparen für Österreich bisher nicht nachgewiesen werden kann, kann es in der gegenwärtigen Rezession aufgrund ihrer historischen Einmaligkeit nicht ausgeschlossen werden.

Für die wirtschaftliche Erholung in Österreich ist die Entwicklung des Tourismus wichtig. Auch hier bestehen beträchtliche Unsicherheiten. So kann es jederzeit zu regionalen oder großräumigen Ausbreitungen des Infektionsgeschehens in für den österreichischen

Tourismus wichtigen Ländern kommen. Im Ergebnis kann es kurzfristig zu temporären Einreisebeschränkungen für Personen aus den betroffenen Gebieten kommen.

Darüber hinaus verschlechtern sich die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen. Die Liquidität gerät durch den Nachfrageeinbruch und die Einschränkungen des Angebots unter Druck, was die Innenfinanzierung von Investitionen beeinträchtigt und den Wert von Sicherheiten für Bankkredite reduziert. Für Unternehmen kann es dadurch zu einer Kreditverknappung vonseiten der Banken oder zu höheren Risikoaufschlägen für die Fremdfinanzierungskosten kommen. Beeinträchtigt werden könnten die Finanzierungsmöglichkeiten auch durch den kräftigen Einbruch der Aktienkurse. So lag der österreichische Aktienindex ATX Mitte März um 50 % niedriger als zu Jahresbeginn, und Mitte Juli unterschritt er den Jahresstartwert noch immer um rund 30 %. Dieser Rückgang verringert ebenfalls die Werte von Sicherheiten für die Finanzierung von Investitionen. Beeinträchtigt wird die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zudem durch die hohe Unsicherheit. Empirische Untersuchungen bestätigen den negativen Einfluss von Unsicherheit über die künftige Umsatzentwicklung auf die Investitionen.²

Ein erhebliches Risiko für die künftige Wirtschaftsentwicklung besteht in einer möglichen Welle von Unternehmensinsolvenzen. Gegenwärtig wird durch wirtschaftspolitische Maßnahmen verhindert, dass es zu einem kräftigen Anstieg der Insolvenzen kommt. Hierzu zählen die Gewährung von Liquiditätshilfen sowie gesetzliche Maßnahmen zum Aufschub von Insolvenzanträgen. Falls sich aber im Herbst die Liquidität und Solvenz der unterstützten Unternehmen nicht nachhaltig bessert, besteht die Gefahr, dass die Insolvenzen dann verstärkt auftreten, was die Erholung verlangsamen würde.

Für Österreich als kleine offene Volkswirtschaft ist die Auslandsnachfrage entscheidend. Daher hängt die Konjunkturerholung in Österreich auch wesentlich vom globalen Verlauf der Pandemie und den gesundheitspolitischen Maßnahmen ab. Auch hier sind unterschiedliche Szenarien möglich.

Abgefedert werden die negativen Folgen der Pandemie durch die massiven wirtschaftspolitischen Stützungsmaßnahmen. Die Europäische Zentralbank stellt umfangreiche Liquidität bereit, und die Regierung hat fiskalische Stabilisierungspakete mit einem Volumen von bis zu 50 Mrd. Euro beschlossen. Diese enthalten unter anderem eine kräftige Ausweitung der Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Kurzarbeit, Garantien für Unternehmenskredite, Fixkostenzuschüsse, Transferzahlungen an private Haushalte, eine begrenzte Senkung der Mehrwertsteuersätze, Senkungen der Einkommensteuer und Investitionsprämien. Eine quantitative Abschätzung der

² Vgl. z.B. Deutsche Bundesbank (2001), Unsicherheit, Handlungsfreiheit und Investitionsverhalten. Ein empirischer Befund, Monatsbericht September, S. 71-87. Frankfurt/Main.

konjunkturellen Wirkung dieser Maßnahmen ist mit hoher Unsicherheit behaftet. Jedenfalls wird in der Basisvariante der vorliegenden Mittelfristprognose unterstellt, dass die Maßnahmen den Wirtschaftseinbruch im Jahr 2020 abfedern und die Erholung unterstützen, aber das genaue Ausmaß des positiven Wachstumsbeitrags der fiskalpolitischen Maßnahmen lässt sich nur schwer abschätzen. Wenn die wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Unsicherheit bei Unternehmen und privaten Haushalten stärker reduzieren sowie die Einkommen bzw. die Liquidität stärker verbessern und so den privaten Konsum und die Investitionen anregen als in der Basisprognose angenommen, könnte sich die Wirtschaft schneller von der Corona-Krise erholen. Dazu würden auch raschere Fortschritte bei der Entwicklung eines Impfstoffs gegen das SARS-CoV-2-Virus oder eines wirksamen Medikaments beitragen.

Die Europäische Kommission hat in ihrer Prognose vom Juli 2020 neben dem Basisszenario zwei weitere Szenarien der Wirtschaftsentwicklung erstellt.³ In einem Szenario „langsame Erholung“ wird angenommen, dass sich der private Konsum langsamer normalisiert und es schärfere Liquiditätsbeschränkungen im Unternehmenssektor mit negativen Auswirkungen auf die Investitionen gibt. Im Ergebnis fällt der BIP-Rückgang in der EU-27 im Jahr 2021 um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte und im Jahr 2021 um $2\frac{1}{4}$ Prozentpunkte stärker aus als im Basisszenario. In einem Szenario „2. Welle“ wird angenommen, dass ein Wiederaufflammen der Pandemie im vierten Quartal 2020 und Anfang 2021 zusätzliche Eindämmungsmaßnahmen mit einer ähnlichen Dauer wie in der ersten Jahreshälfte 2020 erfordert. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Nachfrage- und Angebotsunterbrechungen nur etwa halb so stark ausfallen wie im März und April 2020. In diesem Szenario fällt der Konjunktureinbruch in den Jahren 2020 und 2021 um 2 bzw. $5\frac{1}{4}$ Prozentpunkte stärker aus als im Basisszenario. Damit ist der Einbruch der Wirtschaftsleistung in beiden Jahren annähernd gleich stark.

Die OECD hat in ihrem Wirtschaftsausblick im Juni 2020 zwei Szenarien berechnet, wobei das zweite Szenario von einer zweiten Infektionswelle ausgeht.⁴ In diesem Szenario wird angenommen, dass es im Oktober/November 2020 zu einem zweiten, aber weniger intensiven Virusausbruch kommt. Weitere Ausbrüche im Jahr 2021 können in diesem Szenario aufgrund pharmazeutischer Durchbrüche vermieden werden, aber diese stellen nach wie vor ein erhebliches Abwärtsrisiko dar. In diesem Szenario ist die Wachstumsrate des Welt-BIP in den Jahren 2020 und 2021 um 1,6 bzw. 2,5

³ Vgl. European Commission (2020), European Economic Forecast, Summer 2020, Box 1.1. Institutional Paper 132. Brussels.

⁴ Vgl. OECD (2020), OECD Economic Outlook June 2020. Paris.

Prozentpunkte niedriger als im Basisszenario. Im Euroraum fällt der Unterschied zum Basisprognose mit 2,4 bzw. 3,0 Prozentpunkten überdurchschnittlich stark aus.

Das Eurosystem hat für seine Juni-Prognose für den Euroraum und jedes Mitgliedsland neben dem Basisszenario ein „mildes“ und ein „starkes“ Szenario erstellt.⁵ Das milde Szenario geht von einer erfolgreichen Eindämmung des Virus aus, während das starke Szenario von einem starken Wiederaufflammen der Infektionen und einer Verlängerung der strengen Eindämmungsmaßnahmen bis Mitte 2021 ausgeht. Im starken Szenario wird es zu einem kräftigeren Wirtschaftseinbruch und zu negativen Auswirkungen auf das Produktionspotenzial kommen. Im milden Szenario ist im Euroraum die Wachstumsrate des BIP im Jahr 2020 um 2,8 Prozentpunkte und im Jahr 2021 um 1,6 Prozentpunkte höher, im Jahr 2022 um 1,1 Prozentpunkte niedriger als im Basisszenario. Im starken Szenario fällt die Veränderungsrate des realen BIP im Jahr 2020 um 3,9 und im Jahr 2021 um 1,9 Prozentpunkte niedriger, im Jahr 2022 um 0,5 Prozentpunkte höher aus als im Basisszenario. In Österreich ist gemäß dieser Prognose des Eurosystems im milden Szenario in den Jahren 2020 und 2021 die BIP-Veränderung um 2,6 bzw. 1,5 Prozentpunkte günstiger als im Basisszenario, während sich für 2022 keine Abweichung ergibt. Im Szenario eines starken Einbruchs ist das Wachstum im Jahr 2020 um 2,0 und im Jahr 2021 um 1,4 Prozentpunkte niedriger, im Jahr 2022 um 0,7 Prozentpunkte höher als im Basisszenario.⁶

7.2 Szenarien der Wirtschaftsentwicklung

Im Einklang mit den vorstehend beschriebenen Prognosen internationaler und supranationaler Organisationen hat das Institut zusätzlich zur vorliegenden Mittelfristprognose (Basisvariante) zwei Szenarien mit einer schlechteren und ein Szenario mit einer besseren Entwicklung erstellt. Die zugrundeliegenden Annahmen und die Ergebnisse werden im Folgenden dargestellt. Das Institut geht davon aus, dass die heimische Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr um 9,5 % im Vorjahresvergleich geschrumpft ist. Die Szenarien unterscheiden sich hinsichtlich der Quartalswachstumsraten vom dritten Quartal 2020 bis zum zweiten Quartal 2021.

Die Basisvariante beruht auf der Annahme, dass es zu keinem neuerlichen großflächigen Lockdown kommt. Kleinräumige Ausbreitungen des Coronavirus und die bestehenden Abstandsregeln sowie Kapazitätsbeschränkungen in bestimmten Bereichen, etwa bei

⁵ Vgl. EZB (2020), Eurosystem staff macroeconomic projections for the euro area, June 2020, https://www.ecb.europa.eu/pub/projections/html/ecb.projections202006_eurosystemstaff%7E7628a8cf43.en.html (abgerufen am 14.7.2020).

⁶ Vgl. Fenz, G. Ragacs, C., Schneider, M. Vondra, K. (2020), COVID-19-bedingte Rezession stellt größte wirtschafts-politische Herausforderung in der zweiten Republik dar. Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2020 bis 2022 vom Juni 2020

Kulturbetrieben, sowie die latente Unsicherheit stehen aber einer raschen Erholung der Wirtschaftsaktivität im Wege. Weiters wird unterstellt, dass etwa ab Sommer 2021 ein Impfstoff oder ein Medikament zur Verfügung stehen wird, sodass die Beschränkungen dann vollständig aufgehoben werden können.

Für ein Szenario „**langsame Erholung**“ wird angenommen, dass es längere Zeit dauert, bis sich die Wirtschaftsaktivitäten normalisiert haben. Dies kann etwa darauf zurückzuführen sein, dass die hohe Unsicherheit und Liquiditätsbeschränkungen zu einer stärkeren Investitionszurückhaltung führen als in der Basisvariante angenommen. Auch kann die hohe Arbeitslosigkeit zu einer länger andauernden Konsumzurückhaltung führen. Schließlich kann es länger dauern, bis sich die globalen Lieferketten normalisiert haben, und die weltwirtschaftliche Erholung kann sich langsamer vollziehen als angenommen. All dies würde dazu führen, dass die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2020 und in der ersten Hälfte des Jahres 2021 niedriger ausfallen, als es dem Verlauf in der Basisvariante entspricht.

In einem Szenario „**2. Welle**“ wird angenommen, dass ein Wiederaufflammen der Pandemie im vierten Quartal 2020 und Anfang 2021 zusätzliche Eindämmungsmaßnahmen mit einer ähnlichen Dauer wie in der ersten Jahreshälfte 2020 erforderlich macht. Eine solche zweite größere Welle könnte beispielsweise auf saisonale Faktoren zurückzuführen sein, weil sich das Virus in der kalten Jahreszeit, wenn sich die Menschen vermehrt in Gebäuden aufhalten, stärker ausbreiten kann. Auch ist es denkbar, dass Eindämmung, Testung, Verfolgung und Isolierung nicht so effizient sind wie erwartet. Eine zweite Welle könnte auch darauf zurückzuführen sein, dass die Infektionsraten nicht ausreichen, um eine Herdenimmunität zu erzeugen, dass es an geeigneten Behandlungsmaßnahmen mangelt oder dass kein Impfstoff zur Verfügung steht. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund von Erfahrungen, die während der ersten Welle gesammelt wurden, die erneute Eindämmung im Vergleich zur ersten Welle zu geringeren wirtschaftlichen Störungen führt. Es wird daher unterstellt, dass die Nachfrage- und Angebotsunterbrechungen etwa halb so stark ausfallen wie im März und April 2020.

Schließlich wird ein Szenario „**schnelle Erholung**“ betrachtet, in dem sich die wirtschaftliche Aktivität rascher normalisiert. So könnte es der Wirtschaftspolitik gelingen, durch die massiven fiskalischen Maßnahmen das Vertrauen von Unternehmen und Konsumenten besser zu stärken als in der Basisvariante angenommen. Auch könnte die globale Nachfrage rascher wieder anspringen und die Unsicherheit könnte sich schneller verringern, was die Investitionsbereitschaft stützen würde. Auch kann es rascher als unterstellt zu Fortschritten bei der Entwicklung eines Impfstoffs oder

Medikaments kommen. Schließlich ist es möglich, dass die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal weniger stark eingebrochen ist als bisher geschätzt.

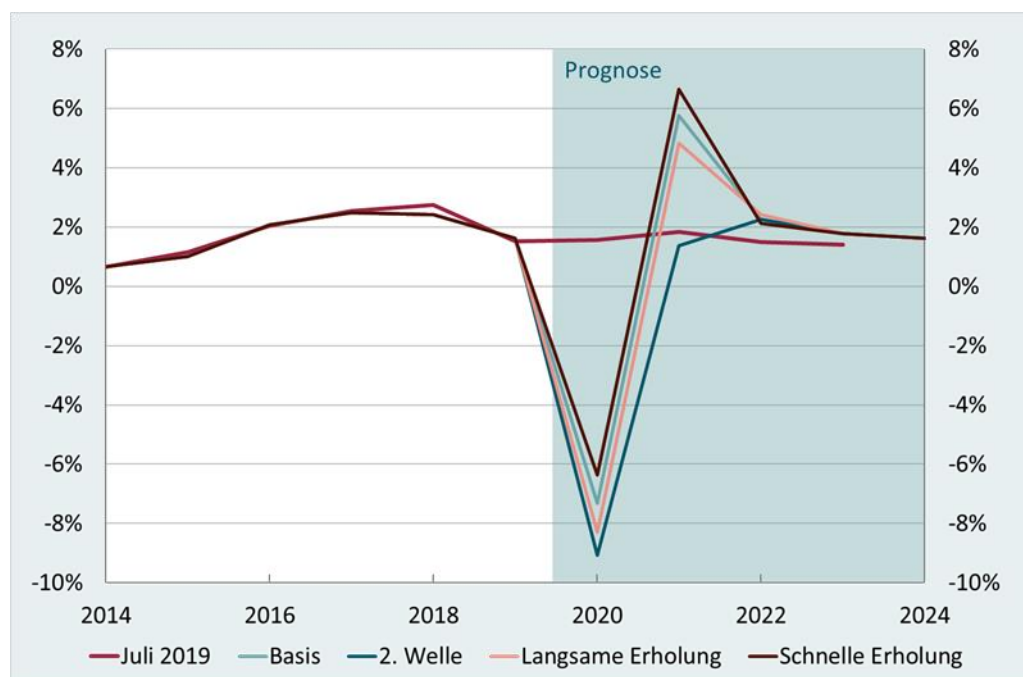
Die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in den Szenarien im Zeitraum 2020 bis 2024 können Tabelle 6 entnommen werden. Abbildung 11 zeigt die Wachstumsraten und Abbildung 12 das Niveau des realen Bruttoinlandsprodukts in den Szenarien. Zum Vergleich ist in den Abbildungen auch jeweils der Verlauf aus der Mittelfristprognose des Instituts vom Juli 2019 angegeben.

Tabelle 6: Reales BIP-Wachstum (%) in den Szenarien

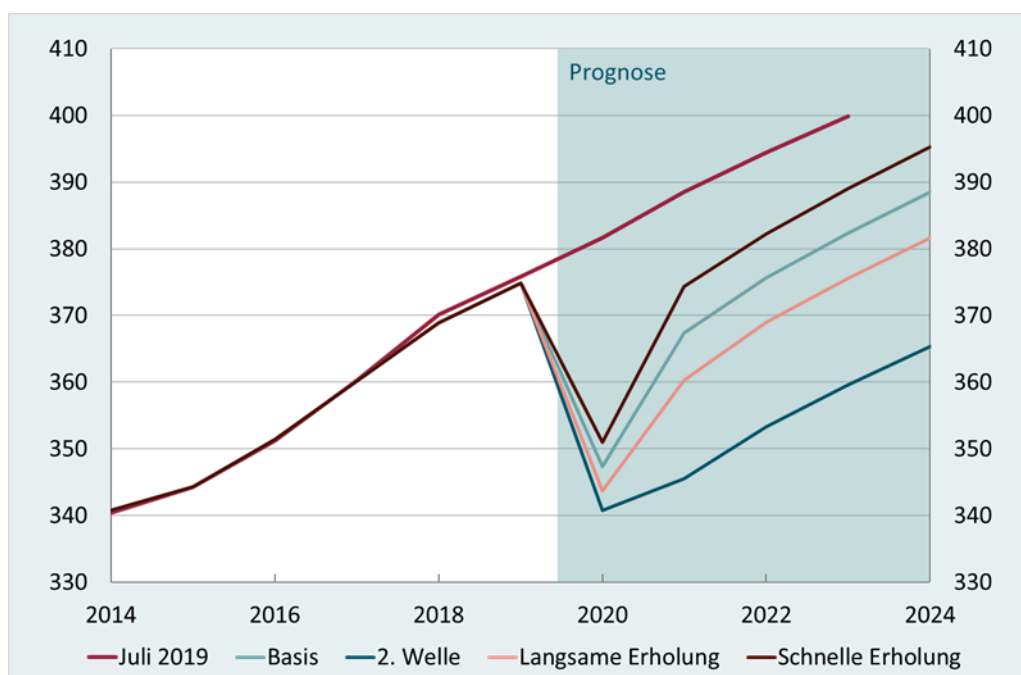
	2020	2021	2022	2023	2024
Basisvariante	-7,3	5,8	2,3	1,8	1,6
Langsame Erholung	-8,3	4,8	2,4	1,8	1,6
2. Welle	-9,1	1,4	2,3	1,8	1,6
Schnelle Erholung	-6,4	6,6	2,1	1,8	1,6

Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung 11: Wachstumsrate des realen BIP in den Szenarien



Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung 12: Niveau des realen BIP in den Szenarien (Mrd. Euro, Referenzjahr 2015)

Quelle: Eigene Berechnungen

In der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums konvergieren die Wachstumsraten in den Szenarien, und sie liegen geringfügig über jenen aus der mittelfristigen Prognose von vor einem Jahr. Allerdings wird der damals prognostizierte Pfad der Wirtschaftsleistung nicht wieder erreicht. Insbesondere beim Auftreten einer zweiten größeren Welle der Virusausbreitung käme es zu substantiellen dauerhaften Wohlstandsverlusten. Das BIP-Niveau aus dem Jahr 2019 wird im Basisszenario im Jahr 2022, im Szenario einer langsamen Erholung im Jahr 2023 und im Szenario einer schnellen Erholung bereits im Jahr 2021 erreicht. Hingegen wird im Szenario einer zweiten Welle auch im Jahr 2024 die Wirtschaftsleistung noch niedriger sein als vor der Corona-Krise.

7.3 Alternatives Szenario für das Produktionspotenzial

In Kapitel 2 wird angenommen., dass es temporär zu einem geringeren Wachstum des Produktionspotenzials kommt, weil die Arbeitslosigkeit stark steigt und die Investitionen einbrechen. Aufgrund der unterstellten raschen Erholung der Wirtschaftsaktivität wird aber davon ausgegangen, dass das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten nicht dauerhaft beeinträchtigt wird. Falls das oben beschriebene Szenario einer zweiten Welle eintreten sollte, wären aber auch Auswirkungen auf das Produktionspotenzial zu erwarten. Dies sehen auch die OECD und das Eurosystem in ihren Negativszenarien so. Prinzipiell können sich sämtliche Determinanten des Produktionspotenzials infolge der

Corona-Krise schlechter entwickeln als angenommen: Hysteresis-Effekte können dazu führen, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit längere Zeit höher ist. Der damit einhergehende Verlust von Humankapital würde die Produktionsmöglichkeiten negativ beeinflussen. Infolge der Verschlechterung der Arbeitsmarktperspektiven könnten sich vor allem ältere Personen und Frauen vom Arbeitsmarkt zurückziehen, sodass die Partizipationsrate niedriger wäre. Ebenfalls infolge verschlechterter Arbeitsmarktbedingungen könnte es zu einer geringeren Zuwanderung von Arbeitskräften nach Österreich kommen. Wie empirische Studien belegen, war aber in der Vergangenheit die Zuwanderung ein wesentlicher Treiber des Potenzialwachstums in Österreich.⁷ Eine Insolvenzswelle würde dazu führen, dass das Kapital der insolventen Unternehmen vorzeitig abgeschrieben werden müsste, sodass der Kapitalstock niedriger wäre. Bei einer länger dauernden Investitionszurückhaltung würde der Kapitalstock langsamer wachsen. Diese könnte durch die hohe Unsicherheit oder bei einer verzögerten Erholung der globalen Nachfrage hervorgerufen werden. Der technische Fortschritt könnte sich ebenfalls langsamer vollziehen. Empirische Studien belegen, dass Unternehmen während Wirtschaftskrisen aufgrund von Liquiditätsengpässen oft ihre F&E-Investitionen einschränken, die aber gerade in Krisenzeiten aufgrund der geringeren Opportunitätskosten verstärkt unternommen werden sollten.⁸

Für ein Alternativszenario des Produktionspotenzials wurde Folgendes angenommen: Die strukturelle Arbeitslosenquote bleibt im Zeitraum 2021 bis 2024 auf dem Niveau von 2020; sie sinkt also nicht, wie in der Basisvariante, ab 2021 bereits wieder. Die Wachstumsrate des technischen Fortschritts bleibt im Zeitraum 2020 bis 2024 konstant bei knapp 0,4 % pro Jahr und beschleunigt sich nicht ab 2021. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks bleibt im Zeitraum 2020 bis 2024 bei 1,2 % pro Jahr und steigt nicht ab 2021 wieder.

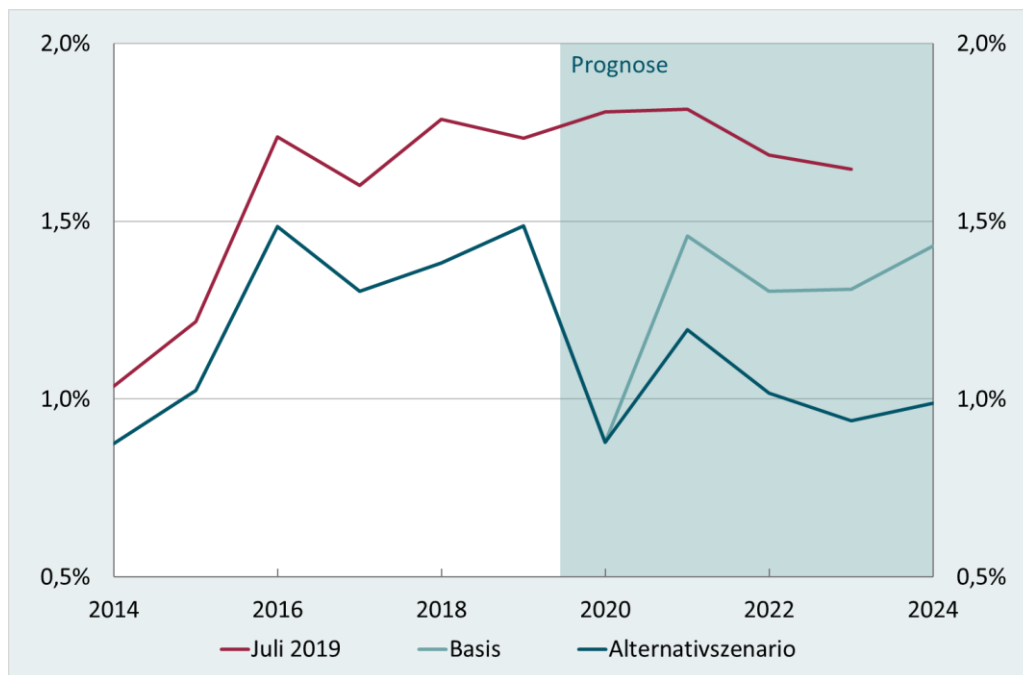
Im Ergebnis wächst das Produktionspotenzial in diesem Szenario im Zeitraum 2020 bis 2024 um 1,0 % pro Jahr, verglichen mit 1,3 % pro Jahr im Basisszenario. Während sich das Wachstum im Basisszenario von 0,9 % im Jahr 2020 bis zum Jahr 2024 auf 1,4 % beschleunigt, wächst das Produktionspotenzial im Alternativszenario nur im Jahr 2021 mit 1,2 % etwas stärker, in jedem anderen Jahr aber nur um 0,9 % bzw. 1,0 %. Die etwas höhere Wachstumsrate im Jahr 2021 ist auf die Entwicklung der Bevölkerung und den etwas geringeren Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit in diesem Jahr zurückzuführen. Abbildung 13 zeigt die Wachstumsrate, Abbildung 14 das Niveau des Produktionspotenzials in den beiden Szenarien sowie zum Vergleich den Potenzialpfad aus der Mittelfristprognose des Instituts vom Juli 2019. Dass aktuell auch das Wachstum

⁷ Vgl. Hofer, H., Weyerstraß, K. (2016), Der Beitrag der Migration zum Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft. Wirtschaftspolitische Blätter 3/ 2016, 525-542.

⁸ Vgl. Bitschi, B., Sellner, R. (2020), Forschung und Entwicklung in Krisenzeiten. IHS Policy Brief Nr. 18/2020.

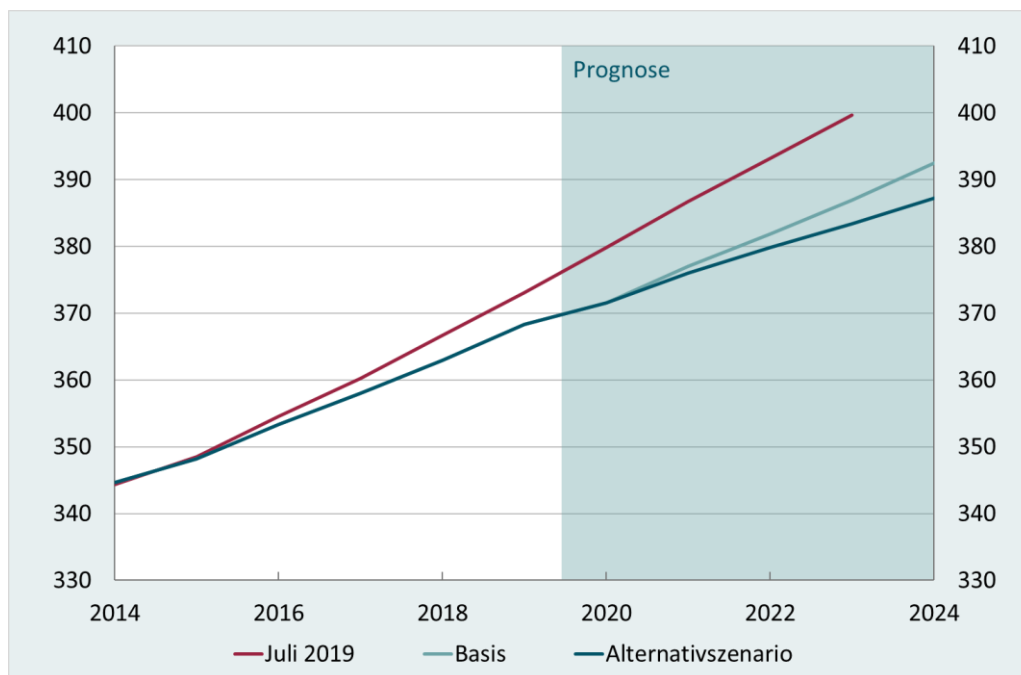
in der Vergangenheit höher eingeschätzt wird, lässt sich zum einen mit Revisionen der Daten für die Vergangenheit erklären. Zum anderen gilt es zu beachten, dass die Schätzung des Produktionspotenzials auf Trendwerten der Einflussfaktoren beruht, und diese Trends werden durch die aktuellen Daten beeinflusst. Jedenfalls zeigt sich, dass die Krise selbst dann, wenn sie das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten nur vorübergehend beeinträchtigt, zu dauerhaften Einbußen beim Niveau des Produktionspotenzials führt.

Abbildung 13: Alternative Wachstumsraten des Produktionspotenzials



Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung 14: Alternative Potenzialpfade (Mrd. Euro, Referenzjahr 2015)



Quelle: Eigene Berechnungen

8 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,806 1,6%	347,595 -7,3%	367,895 5,8%	376,306 2,3%	383,012 1,8%	388,972 1,6%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,682 3,4%	375,205 -5,9%	401,491 7,0%	418,127 4,1%	433,349 3,6%	448,348 3,5%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	102,819 1,1%	104,570 1,7%	106,370 1,7%	107,943 1,5%	109,132 1,1%	111,114 1,8%	113,143 1,8%	115,265 1,9%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	103,000 2,1%	105,100 2,0%	106,700 1,5%	107,767 1,0%	109,114 1,3%	111,296 2,0%	113,634 2,1%	116,134 2,2%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	49,277 1,5%	50,561 2,6%	51,915 2,7%	52,175 0,5%	52,696 1,0%	53,882 2,3%	55,499 3,0%	57,025 2,8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3627,040 -2,5%	3681,446 1,5%	3736,667 1,5%	3770,297 0,9%	3798,574 0,8%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	10,233 2,881	9,173 -1,060	8,435 -0,738	8,173 -0,262	7,997 -0,176

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
PRIVATER KONSUM	186,920 1,4%	189,027 1,1%	191,607 1,4%	183,264 -4,4%	191,711 4,6%	195,545 2,0%	198,947 1,7%	201,931 1,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	70,010 1,1%	70,619 0,9%	71,075 0,6%	72,497 2,0%	73,584 1,5%	73,952 0,5%	74,322 0,5%	74,693 0,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	84,526 4,0%	87,849 3,9%	90,218 2,7%	83,075 -7,9%	86,451 4,1%	89,142 3,1%	91,420 2,6%	93,290 2,0%
LAGERVERÄNDERUNGEN IN PROZENT DES BIP	4,486 1,2	4,368 1,2	4,110 1,1	0,860 0,2	0,960 0,3	1,960 0,5	2,460 0,6	2,710 0,7
INLANDSNACHFRAGE	347,200 2,4%	352,790 1,6%	357,873 1,4%	340,426 -4,9%	353,482 3,8%	361,411 2,2%	367,992 1,8%	373,496 1,5%
AUSSENBEITRAG IN PROZENT DES BIP	12,911 3,6	16,108 4,4	17,012 4,5	7,251 2,1	14,498 3,9	14,983 4,0	15,110 3,9	15,570 4,0
BIP ZU MARKTPREISEN	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,806 1,6%	347,595 -7,3%	367,895 5,8%	376,306 2,3%	383,012 1,8%	388,972 1,6%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
PRIVATER KONSUM	0,744	0,585	0,700	-2,226	2,430	1,042	0,904	0,779
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,214	0,169	0,124	0,379	0,313	0,100	0,098	0,097
BRUTTOINVESTITIONEN	1,102	0,899	0,594	-2,805	1,017	1,014	0,747	0,561
ANLAGEINVESTITIONEN	0,914	0,923	0,642	-1,906	0,971	0,731	0,605	0,488
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,180	-0,033	-0,070	-0,867	0,029	0,272	0,133	0,065
EXPORTE I.W.S.	2,692	3,233	1,637	-6,479	4,943	2,418	1,976	1,738
WAREN	2,020	2,488	0,833	-4,050	3,046	1,800	1,431	1,247
Dienstleistungen	0,674	0,749	0,799	-2,387	1,856	0,625	0,549	0,493
IMPORTE I.W.S.	-2,526	-2,345	-1,392	3,874	-2,858	-2,287	-1,942	-1,617
WAREN	-1,632	-1,516	-0,726	2,419	-1,663	-1,734	-1,476	-1,204
Dienstleistungen	-0,889	-0,828	-0,665	1,449	-1,178	-0,555	-0,468	-0,414
BRUTTOINLANDSPRODUKT	2,476	2,420	1,613	-7,260	5,840	2,286	1,782	1,556

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,3	7,7	8,3	12,2	9,5	8,9	8,2	7,6
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,3	0,3	0,7	3,9	-2,7	-0,6	-0,7	-0,6
INVESTITIONSQUOTE	23,5	23,9	24,3	24,0	23,7	23,9	24,0	24,0
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,4	0,4	0,3	-0,3	-0,3	0,2	0,1	0,0
REALZINSSATZ	-0,57	-1,01	-1,68	-1,60	-1,03	-1,72	-1,63	-1,58
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,72	-0,44	-0,67	0,08	0,57	-0,68	0,09	0,05
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,05 1,0%	109,40 1,3%	111,59 2,0%	113,93 2,1%	116,44 2,2%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,633 -0,5%	47,859 0,5%	48,372 1,1%	48,133 -0,5%	48,014 -0,2%	48,131 0,2%	48,556 0,9%	48,817 0,5%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,079 0,5%	10,075 0,0%	10,075 0,0%	9,583 -4,9%	9,993 4,3%	10,071 0,8%	10,159 0,9%	10,240 0,8%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	128,587 1,0%	131,993 2,6%	135,524 2,7%	143,192 5,7%	138,694 -3,1%	140,724 1,5%	143,690 2,1%	146,469 1,9%
ARBEITSLOSENQUOTE EUROSTAT DEF.	5,5	4,9	4,5	5,8	5,3	5,2	5,1	5,0
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,5	-0,6	-0,4	1,3	-0,5	-0,1	-0,1	-0,1
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-0,8	0,2	0,7	-11,5	-4,0	-3,3	-2,5	-2,0
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,7	1,0	0,6	-12,2	7,5	0,6	0,8	0,5

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	185,457 3,4%	191,389 3,2%	197,113 3,0%	190,125 -3,5%	201,645 6,1%	209,792 4,0%	217,946 3,9%	226,082 3,7%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,893 4,6%	8,267 4,7%	8,556 3,5%	8,598 0,5%	8,901 3,5%	9,261 4,0%	9,588 3,5%	9,926 3,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	72,184 2,7%	74,526 3,2%	76,789 3,0%	79,891 4,0%	82,103 2,8%	83,752 2,0%	85,433 2,0%	87,148 2,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	91,706 6,1%	96,854 5,6%	101,263 4,6%	91,065 -10,1%	96,178 5,6%	101,971 6,0%	106,747 4,7%	110,889 3,9%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	47,782 5,5%	50,354 5,4%	52,461 4,2%	46,225 -11,9%	49,771 7,7%	52,636 5,8%	55,133 4,7%	57,328 4,0%
BAUINVESTITIONEN	39,343 5,7%	42,011 6,8%	44,374 5,6%	43,914 -1,0%	45,352 3,3%	47,138 3,9%	48,802 3,5%	50,400 3,3%
STATISTISCHE DIFFERENZ	0,828	0,322	0,136	0,136	0,135	0,136	0,138	0,139
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,816	-0,507	-0,185	0,000	-0,002	0,002	0,002	0,002
INLANDSNACHFRAGE	358,068 4,2%	371,358 3,7%	383,857 3,4%	369,815 -3,7%	388,963 5,2%	404,912 4,1%	419,851 3,7%	434,184 3,4%
EXPORTE I.W.S.	200,099 6,8%	215,057 7,5%	222,152 3,3%	196,386 -11,6%	215,670 9,8%	229,026 6,2%	240,182 4,9%	250,762 4,4%
IMPORTE I.W.S.	187,871 8,2%	200,703 6,8%	207,327 3,3%	190,996 -7,9%	203,142 6,4%	215,810 6,2%	226,685 5,0%	236,598 4,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,682 3,4%	375,205 -5,9%	401,491 7,0%	418,127 4,1%	433,349 3,6%	448,348 3,5%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	179,269 1,3%	181,161 1,1%	183,660 1,4%	175,395 -4,5%	183,726 4,8%	187,401 2,0%	190,681 1,8%	193,541 1,5%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,650 3,2%	7,866 2,8%	7,947 1,0%	7,867 -1,0%	7,985 1,5%	8,145 2,0%	8,267 1,5%	8,391 1,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	70,010 1,1%	70,619 0,9%	71,075 0,6%	72,497 2,0%	73,584 1,5%	73,952 0,5%	74,322 0,5%	74,693 0,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	89,041 4,5%	92,280 3,6%	94,472 2,4%	83,956 -11,1%	87,493 4,2%	91,222 4,3%	94,033 3,1%	96,183 2,3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	46,729 4,5%	48,662 4,1%	50,097 2,9%	43,835 -12,5%	46,684 6,5%	48,738 4,4%	50,444 3,5%	51,831 2,8%
BAUINVESTITIONEN	37,798 3,3%	39,189 3,7%	40,128 2,4%	39,125 -2,5%	39,712 1,5%	40,387 1,7%	40,993 1,5%	41,505 1,3%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,261 0,877	0,824 -0,437	0,641 -0,183	0,628 -0,012	0,608 -0,020	0,603 -0,005	0,598 -0,005	0,593 -0,005
INLANDSNACHFRAGE	347,200 2,4%	352,790 1,6%	357,873 1,4%	340,426 -4,9%	353,482 3,8%	361,411 2,2%	367,992 1,8%	373,496 1,5%
EXPORTE I.W.S.	197,845 5,0%	209,488 5,9%	215,526 2,9%	191,243 -11,3%	208,425 9,0%	217,322 4,3%	224,758 3,4%	231,413 3,0%
IMPORTE I.W.S.	184,935 5,0%	193,380 4,6%	198,514 2,7%	183,992 -7,3%	193,927 5,4%	202,339 4,3%	209,648 3,6%	215,843 3,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,806 1,6%	347,595 -7,3%	367,895 5,8%	376,306 2,3%	383,012 1,8%	388,972 1,6%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	103,452 2,0%	105,646 2,1%	107,325 1,6%	108,398 1,0%	109,753 1,3%	111,948 2,0%	114,299 2,1%	116,814 2,2%
ÖFFENTLICHER KONSUM	103,106 1,6%	105,533 2,4%	108,039 2,4%	110,200 2,0%	111,578 1,3%	113,251 1,5%	114,950 1,5%	116,674 1,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	103,076 1,5%	105,142 2,0%	107,335 2,1%	108,503 1,1%	110,031 1,4%	111,927 1,7%	113,689 1,6%	115,477 1,6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	102,254 0,9%	103,478 1,2%	104,720 1,2%	105,453 0,7%	106,613 1,1%	107,999 1,3%	109,295 1,2%	110,607 1,2%
BAUINVESTITIONEN	104,090 2,3%	107,200 3,0%	110,580 3,2%	112,239 1,5%	114,203 1,8%	116,716 2,2%	119,050 2,0%	121,431 2,0%
INLANDSNACHFRAGE	103,130 1,8%	105,263 2,1%	107,261 1,9%	108,633 1,3%	110,038 1,3%	112,036 1,8%	114,092 1,8%	116,249 1,9%
EXPORTE I.W.S.	101,139 1,7%	102,658 1,5%	103,074 0,4%	102,689 -0,4%	103,476 0,8%	105,386 1,8%	106,863 1,4%	108,361 1,4%
IMPORTE I.W.S.	101,588 3,0%	103,787 2,2%	104,440 0,6%	103,806 -0,6%	104,752 0,9%	106,658 1,8%	108,126 1,4%	109,616 1,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	102,819 1,1%	104,570 1,7%	106,370 1,7%	107,943 1,5%	109,132 1,1%	111,114 1,8%	113,143 1,8%	115,265 1,9%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	140,641 6,9%	151,599 7,8%	154,980 2,2%	138,436 -10,7%	149,911 8,3%	159,398 6,3%	167,040 4,8%	174,201 4,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	43,140 6,9%	45,969 6,6%	48,823 6,2%	44,540 -8,8%	48,705 9,3%	51,666 6,1%	54,410 5,3%	57,023 4,8%
REISEVERKEHR	16,319 5,1%	17,489 7,2%	18,349 4,9%	13,409 -26,9%	17,055 27,2%	17,962 5,3%	18,733 4,3%	19,537 4,3%
EXPORTE I.W.S.	200,099 6,8%	215,057 7,5%	222,152 3,3%	196,386 -11,6%	215,670 9,8%	229,026 6,2%	240,182 4,9%	250,762 4,4%
WARENIMPORTE	139,072 7,9%	147,901 6,3%	150,498 1,8%	139,681 -7,2%	146,709 5,0%	155,994 6,3%	163,867 5,0%	170,893 4,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,304 8,8%	43,422 7,7%	47,119 8,5%	43,480 -7,7%	47,105 8,3%	49,969 6,1%	52,623 5,3%	55,150 4,8%
REISEVERKEHR	8,495 8,8%	9,379 10,4%	9,710 3,5%	7,835 -19,3%	9,328 19,0%	9,847 5,6%	10,195 3,5%	10,555 3,5%
IMPORTE I.W.S.	187,871 8,2%	200,703 6,8%	207,327 3,3%	190,996 -7,9%	203,142 6,4%	215,810 6,2%	226,685 5,0%	236,598 4,4%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	139,758 5,4%	148,717 6,4%	151,790 2,1%	136,611 -10,0%	147,199 7,8%	153,823 4,5%	159,207 3,5%	163,983 3,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	42,368 4,7%	44,405 4,8%	46,853 5,5%	42,637 -9,0%	46,047 8,0%	47,889 4,0%	49,565 3,5%	51,052 3,0%
REISEVERKEHR	15,728 2,9%	16,388 4,2%	16,886 3,0%	12,158 -28,0%	15,198 25,0%	15,654 3,0%	16,045 2,5%	16,446 2,5%
EXPORTE I.W.S.	197,845 5,0%	209,488 5,9%	215,526 2,9%	191,243 -11,3%	208,425 9,0%	217,322 4,3%	224,758 3,4%	231,413 3,0%
WARENIMPORTS	136,927 4,4%	142,387 4,0%	145,065 1,9%	135,998 -6,3%	141,778 4,3%	148,158 4,5%	153,714 3,8%	158,326 3,0%
IMPORTS VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	39,660 6,6%	41,822 5,5%	44,159 5,6%	40,627 -8,0%	43,470 7,0%	45,209 4,0%	46,791 3,5%	48,195 3,0%
REISEVERKEHR	8,330 8,5%	9,151 9,9%	9,267 1,3%	7,368 -20,5%	8,620 17,0%	8,922 3,5%	9,100 2,0%	9,282 2,0%
IMPORTS I.W.S.	184,935 5,0%	193,380 4,6%	198,514 2,7%	183,992 -7,3%	193,927 5,4%	202,339 4,3%	209,648 3,6%	215,843 3,0%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	100,632 1,5%	101,938 1,3%	102,102 0,2%	101,336 -0,8%	101,843 0,5%	103,625 1,8%	104,920 1,3%	106,232 1,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	101,821 2,1%	103,521 1,7%	104,204 0,7%	104,465 0,3%	105,771 1,3%	107,886 2,0%	109,774 1,8%	111,695 1,8%
REISEVERKEHR	103,755 2,1%	106,717 2,9%	108,659 1,8%	110,289 1,5%	112,219 1,8%	114,744 2,3%	116,752 1,8%	118,795 1,8%
EXPORTE I.W.S.	101,139 1,7%	102,658 1,5%	103,074 0,4%	102,689 -0,4%	103,476 0,8%	105,386 1,8%	106,863 1,4%	108,361 1,4%
WARENIMPORTE	101,567 3,4%	103,873 2,3%	103,745 -0,1%	102,708 -1,0%	103,478 0,8%	105,289 1,8%	106,605 1,3%	107,937 1,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	101,626 2,0%	103,828 2,2%	106,703 2,8%	107,023 0,3%	108,361 1,3%	110,528 2,0%	112,463 1,8%	114,431 1,8%
REISEVERKEHR	101,978 0,3%	102,489 0,5%	104,778 2,2%	106,350 1,5%	108,211 1,8%	110,375 2,0%	112,031 1,5%	113,711 1,5%
IMPORTE I.W.S.	101,588 3,0%	103,787 2,2%	104,440 0,6%	103,806 -0,6%	104,752 0,9%	106,658 1,8%	108,126 1,4%	109,616 1,4%
TERMS OF TRADE, GESAMT	99,558 -1,3%	98,913 -0,6%	98,693 -0,2%	98,924 0,2%	98,782 -0,1%	98,807 0,0%	98,831 0,0%	98,855 0,0%
TERMS OF TRADE, GÜTER	99,080 -1,8%	98,137 -1,0%	98,416 0,3%	98,664 0,3%	98,420 -0,2%	98,420 0,0%	98,420 0,0%	98,420 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
IMPORTQUOTE, GESAMT	50,736	52,034	52,003	50,904	50,597	51,614	52,310	52,771
ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,118	1,299	-0,031	-1,099	-0,308	1,017	0,696	0,461
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,557	38,345	37,749	37,228	36,541	37,308	37,814	38,116
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,493	0,788	-0,596	-0,521	-0,687	0,767	0,506	0,302
EXPORTQUOTE, GESAMT	54,038	55,756	55,722	52,341	53,717	54,774	55,425	55,930
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,587	1,718	-0,034	-3,381	1,376	1,057	0,651	0,505
EXPORTQUOTE, GÜTER	37,981	39,304	38,873	36,896	37,339	38,122	38,546	38,854
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,171	1,323	-0,431	-1,977	0,442	0,783	0,424	0,308

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5630,757 0,0%	5625,072 -0,1%	5613,750 -0,2%	5597,573 -0,3%	5578,602 -0,3%	5557,095 -0,4%
ERWERBSQUOTE	79,815 1,0%	80,856 1,3%	81,632 1,0%	82,122 0,6%	82,532 0,5%	83,275 0,9%	84,024 0,9%	84,781 0,9%
ERWERBSPERSONEN	4490,172 1,3%	4552,091 1,4%	4596,332 1,0%	4619,400 0,5%	4633,153 0,3%	4661,380 0,6%	4687,392 0,6%	4711,345 0,5%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3692,309 0,3%	3703,340 0,3%	3700,481 -0,1%	3705,632 0,1%	3687,403 -0,5%	3687,257 0,0%	3686,481 0,0%	3685,411 0,0%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,6%	913,768 2,0%	945,750 3,5%	974,122 3,0%	1000,911 2,8%	1025,934 2,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	494,900 1,2%	498,500 0,7%	497,700 -0,2%	495,212 -0,5%	497,192 0,4%	498,435 0,3%	499,681 0,3%	500,931 0,3%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4124,189 0,6%	4135,961 0,3%	4162,945 0,7%	4187,711 0,6%	4210,414 0,5%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3627,040 -2,5%	3681,446 1,5%	3736,667 1,5%	3770,297 0,9%	3798,574 0,8%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	75,138 -2,8%	75,138 0,0%	75,138 0,0%	75,138 0,0%	75,138 0,0%
ARBEITSLOSE	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	422,010 40,1%	379,377 -10,1%	351,139 -7,4%	342,275 -2,5%	336,701 -1,6%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	10,233 2,881	9,173 -1,060	8,435 -0,738	8,173 -0,262	7,997 -0,176

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	176,073 3,5%	185,109 5,1%	193,127 4,3%	189,240 -2,0%	193,999 2,5%	201,340 3,8%	209,246 3,9%	216,613 3,5%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	147,780 4,2%	153,529 3,9%	156,823 2,1%	155,751 -0,7%	162,472 4,3%	169,967 4,6%	175,643 3,3%	181,822 3,5%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	46,443 2,4%	47,074 1,4%	48,733 3,5%	30,215 -38,0%	45,020 49,0%	46,820 4,0%	48,459 3,5%	49,913 3,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,682 3,4%	375,205 -5,9%	401,491 7,0%	418,127 4,1%	433,349 3,6%	448,348 3,5%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,290 12111,4%	-1,059 -67,8%	-0,953 -10,0%	-1,048 10,0%	-1,069 2,0%	-1,090 2,0%	-1,112 2,0%	-1,134 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	66,305 4,0%	69,261 4,5%	72,205 4,3%	74,732 3,5%	77,347 3,5%	79,861 3,3%	82,656 3,5%	85,549 3,5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	300,701 2,5%	315,392 4,9%	325,525 3,2%	299,425 -8,0%	323,075 7,9%	337,176 4,4%	349,581 3,7%	361,665 3,5%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2,723 -21,0%	-3,860 41,7%	-3,937 2,0%	-4,035 2,5%	-4,156 3,0%	-4,281 3,0%	-4,410 3,0%	-4,542 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	297,978 2,7%	311,533 4,5%	321,588 3,2%	295,390 -8,1%	318,918 8,0%	332,895 4,4%	345,171 3,7%	357,123 3,5%